

BERICHT UND ANTRAG
DER REGIERUNG
AN DEN
LANDTAG DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN
ZUR
FINANZPLANUNG 2012 - 2015

<i>Behandlung im Landtag</i>	
	<i>Datum</i>
Schlussabstimmung	

Nr. 115/2011

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Zusammenfassung	5
Zuständiges Ressort	6
Betroffene Amtstelle.....	6
I. BERICHT DER REGIERUNG	7
1. Aufgabe der Finanzplanung.....	7
2. Volkswirtschaftliche Entwicklung.....	9
2.1 Die konjunkturelle Entwicklung in Liechtenstein.....	9
2.1.1 Umsätze	9
2.1.2 Beschäftigung.....	10
2.1.3 Konjunkturumfrage im industriellen Bereich	11
2.1.4 Preise.....	12
2.1.5 Monetäres Umfeld	14
2.1.6 Warenexporte	15
2.1.7 Finanzdienstleistungen	16
2.2 Die Entwicklung in wichtigen Exportländern	18
2.2.1 OECD-Mitgliedsländer.....	18
2.2.2 Schweiz.....	19
2.2.3 Deutschland	20
2.2.4 USA.....	22
2.3 Beurteilung der liechtensteinischen Konjunktorentwicklung.....	23
3. Finanzpolitische Ausgangslage	25
4. Vorgehen und Prämissen.....	26
4.1 Vorgehen	26
4.2 Prämissen	33
4.2.1 Ertragspositionen	34
4.2.2 Aufwandspositionen	35
5. Entwicklung der Erfolgsrechnung.....	40
5.1 Erträge aus betrieblicher Tätigkeit.....	40
5.2 Aufwendungen aus betrieblicher Tätigkeit.....	42
5.3 Zusammenfassung der Erfolgsrechnung.....	44
6. Entwicklung der Investitionsrechnung	46

6.1	Allgemeines	46
6.2	Nettoinvestitionen	46
6.3	Finanzierung der Nettoinvestitionen	48
7.	Entwicklung der Vermögensrechnung	49
8.	Finanzleitbild.....	52
9.	Sanierung des Staatshaushaltes	56
9.1	Beitragsleistungen.....	56
9.2	Finanzzuweisungen	58
9.3	Personalaufwand.....	59
9.4	Sachaufwand	60
9.5	Zusammenfassung.....	61
9.6	Fazit	61
II.	ANTRAG DER REGIERUNG.....	64

ZUSAMMENFASSUNG

Die Erstellung der Finanzplanung des Landes hat sich gegenüber der gleichen Aufgabe im letzten Jahr deutlich erschwert. Die Unsicherheiten auf der Einnahmenseite haben sich in Folge verschiedener Ereignisse wie der Umweltkatastrophe in Japan oder der Staatsschuldenkrise in Europa in ungewöhnlich kurzer Zeit noch einmal erhöht. Dennoch hat die Regierung für die Erstellung Annahmen getroffen und Prämissen für die mögliche Entwicklung des Staatshaushalts formuliert, welche in diesem Bericht und Antrag ausführlich dargestellt sind.

Ausgehend von einem geringen Finanzierungsfehlbetrag in Höhe von voraussichtlich CHF 6 Mio. im Jahr 2015 und den Unsicherheiten auf der Ertragsseite aufgrund der Totalrevision des Steuergesetzes verzichtete die Regierung im Rahmen der letztjährigen Finanzplanung auf die kurzfristige Anpassung des Sanierungsziels. Dagegen sollte höchste Priorität in die Weiterverfolgung des eingeschlagenen und vom Landtag bestätigten Weges zur Realisierung von Entlastungsmassnahmen gesetzt werden. Anlässlich des Ergebnisses der Landesrechnung 2010 wurde das ausgabenseitige Sanierungsziel von jährlich CHF 160 Mio. bis zum Jahr 2015 auf CHF 135 Mio. angepasst, da einzelne Mehrerträge zum damaligen Zeitpunkt als nachhaltig betrachtet werden konnten. Zum jetzigen Zeitpunkt können rund CHF 81 Mio. als realisiert angesehen werden. Für weitere CHF 39 Mio. liegen seitens der Regierung Umsetzungsbeschlüsse vor.

Der vorliegende Bericht zeigt die Entwicklung des Staatshaushaltes in den Jahren 2012 bis 2015 unter den gesetzten Prämissen und unter Berücksichtigung sämtlicher bereits beschlossenen und geplanten Reduktionsmassnahmen.

Im Bereich der Aufwendungen aus der betrieblichen Tätigkeit resultiert eine durchschnittliche Reduktion um -2.5% pro Jahr. Das Aufwandvolumen reduziert sich schrittweise bis ins Jahr 2015 auf rund CHF 824 Mio. Bei den Erträgen aus der betrieblichen Tätigkeit zeichnet sich vor allem aufgrund von geringeren Steuereinnahmen ein deutlicher Einbruch ab. Mit Erträgen von CHF 777 Mio. im Jahr 2015 wird in etwa das Niveau der Rechnung 2005 erreicht.

Die Investitionsrechnung sieht für die Jahre 2012 bis 2015 Nettoinvestitionen im Umfang von CHF 269 Mio. oder durchschnittlich CHF 67 Mio. vor. Diese führen in der Gesamtrechnung zusammen mit den Cash Flows der Erfolgsrechnung zu ei-

nem kumulierten Finanzierungsfehlbetrag von CHF 477 Mio., wobei dieser von CHF 74 Mio. im Jahr 2012 auf CHF 168 Mio. und CHF 147 Mio. in den Jahren 2013 und 2014 ansteigt und zum Ende der Finanzplanungsperiode 2015 wieder auf CHF 88 Mio. reduziert werden kann.

Treffen die angenommenen Entwicklungen ein, können die Vorgaben des Finanzleitbilds trotz umfangreicher eingeleiteter Sparmassnahmen nicht erreicht werden. Das Finanzhaushaltsgesetz erteilt der Regierung in diesem Falle den Auftrag, dem Landtag innerhalb von sechs Monaten Massnahmen aufzuzeigen, welche zu einer Erfüllung der fünf Eckwerte des Finanzleitbildes führen, was im kommenden Frühjahr erfolgen wird.

ZUSTÄNDIGES RESSORT

Ressort Finanzen

BETROFFENE AMTSTELLE

Stabsstelle Finanzen

Vaduz, 25. Oktober 2011

P

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
Sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete

Die Regierung gestattet sich, dem Hohen Landtag gemäss Art. 25 des Finanzhaushaltsgesetzes nachstehenden Bericht und Antrag zur Finanzplanung 2012 - 2015 zu unterbreiten.

I. **BERICHT DER REGIERUNG**

1. **AUFGABE DER FINANZPLANUNG**

Die Finanzplanung 2012 bis 2015 richtet sich erstmals nach dem neuen Finanzhaushaltsgesetz vom 20. Oktober 2010, LGBl. 2010 Nr. 373, welches am 1.1.2011 in Kraft getreten ist. Mit Art. 25 des Finanzhaushaltsgesetzes hat der Gesetzgeber der Regierung folgenden Auftrag erteilt:

- 1) *Die Regierung erstellt jährlich zuhanden des Landtags einen mehrjährigen Finanzplan. Dieser umfasst einen Zeitraum von vier Jahren, beginnend mit dem kommenden Voranschlagsjahr.*
- 2) *Der Finanzplan enthält:*
 - a) *die voraussichtlichen Aufwände, Erträge und Nettoinvestitionen;*

- b) die im Betrachtungszeitraum erwarteten Finanzierungsüberschüsse oder -fehlbeträge und im Falle letzterer Angaben zu deren Finanzierung;*
- c) die erwartete Entwicklung der Aktiven und Passiven.*

Die Betrachtung der finanziellen Entwicklung über einen zukünftigen Zeitraum von vier Jahren – aufbauend auf dem jeweiligen Budgetentwurf für das kommende Jahr – erlauben es der Regierung und dem Landtag als Inhaber der Finanzhoheit, unerwünschte Entwicklungen des Finanzhaushaltes zu erkennen und die notwendigen Gegensteuerungsmassnahmen in die Wege zu leiten.

Mit dem deutlichen Einbruch der Erträge aus der betrieblichen Tätigkeit in den vergangenen Jahren und dem basierend auf dem Finanzplan 2010-2014 von der Regierung eingeleiteten Sanierungsprojekt „ausgewogen2015“ kommt der Finanzplanung eine immer stärker werdende Bedeutung zu. Diese Entwicklung wird durch das neue Finanzhaushaltsgesetz insofern verstärkt, als dass sich die Eckwerte des Finanzleitbildes zur Steuerung des Finanzhaushaltes gemäss Art. 27 des Finanzhaushaltsgesetzes nicht mehr auf den Voranschlag sondern auf den Finanzplan beziehen. Im nachfolgenden Bericht wird in einem ersten Schritt die aktuelle volkswirtschaftliche Situation des Landes beleuchtet. Anschliessend werden das Vorgehen und die Resultate für die kommende Finanzplanperiode dargestellt, wobei die im Rahmen des Sanierungsprojektes geplanten Reduktionsmassnahmen entsprechende Berücksichtigung finden. Im Anschluss wird überprüft, ob die gesetzlichen Vorgaben gemäss Finanzleitbild erfüllt sind und allfällige Konsequenzen kurz erläutert. Abschliessend wird der aktuellste Stand sowie das weitere Vorgehen im Rahmen des Sanierungsprojekts „ausgewogen2015“ ausführlich dargelegt.

2. VOLKSWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Nachdem das Amt für Statistik regelmässig Berichte über die konjunkturelle Entwicklung erstellt und veröffentlicht, integriert die Regierung den jeweils aktuellsten Bericht als Bestandteil in ihre Finanzplanung. Im Nachfolgenden wird deshalb der Konjunkturbericht vom Herbst 2011 dargestellt.

2.1 Die konjunkturelle Entwicklung in Liechtenstein

2.1.1 Umsätze

Die Verkaufserlöse von 25 ausgewählten grösseren Unternehmen erhöhten sich im 1. Halbjahr 2011 um 7% gegenüber dem 1. Halbjahr 2010. Während sich der liechtensteinische Industriesektor in der ersten Jahreshälfte weiter erholen konnte, erlitt der Finanzdienstleistungsbereich erneut Einbussen.

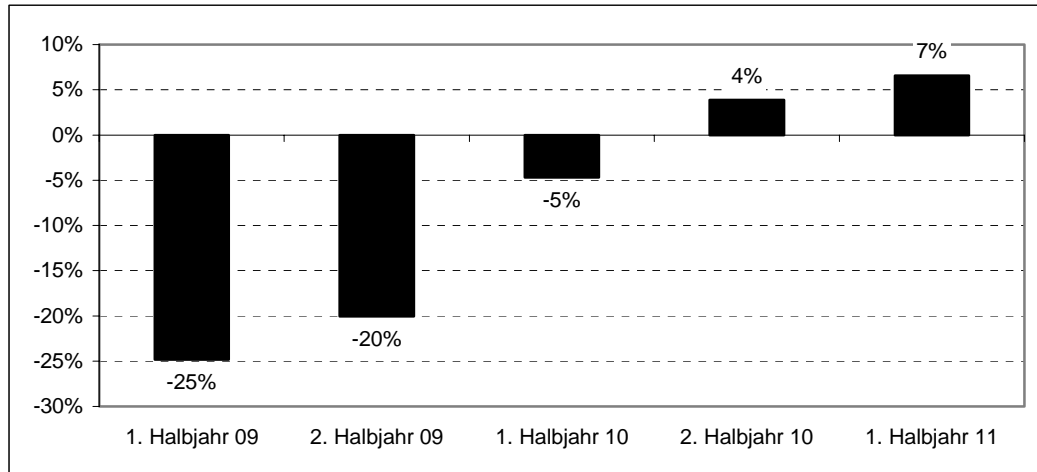
Im Industriesektor erhöhten sich die Verkaufserlöse der ausgewählten 12 Unternehmen im 1. Halbjahr 2011 um 12% gegenüber dem 1. Halbjahr 2010. Dennoch lagen die Verkaufserlöse dieser Unternehmen immer noch 11% unter dem Wert des 1. Halbjahres 2008 vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die 6 ausgewählten Finanzdienstleister mussten im 1. Halbjahr 2011 einen Umsatzrückgang von 15% gegenüber dem Vorjahreshalbjahr hinnehmen. Gegenüber dem 1. Halbjahr 2008 haben sich die Umsätze dieser Finanzdienstleister mehr als halbiert.

Im Wirtschaftsbereich der allgemeinen Dienstleister verzeichneten die 7 ausgewählten Unternehmen im 1. Halbjahr 2011 einen Umsatzrückgang von 3%. Sie konnten sich nach der Wirtschaftskrise besser erholen als die Finanzdienstleister. Ihre Umsätze lagen jedoch mit -19% ebenfalls deutlich unter dem Niveau des 1. Halbjahrs 2008 vor der Wirtschaftskrise.

Umsatzentwicklung von 25 grösseren Unternehmen

Veränderung der Umsätze im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr



Datenquelle: Steuerverwaltung

2.1.2 Beschäftigung

Der liechtensteinische Arbeitsmarkt vermochte im 1. Halbjahr 2011 stark zuzulegen. Mitte 2011 lag die Beschäftigtenzahl 3.0% bzw. rund 1000 Personen über dem Vorjahresstand und erreichte gemäss neuer Definition rund 35'300 Beschäftigte (+/- 200 Beschäftigte). Die neue Beschäftigtendefinition berücksichtigt alle Personen, die eine Stunde oder mehr pro Woche erwerbstätig sind.

Von Mitte bis Ende 2010 hatte die Beschäftigung nur leicht um 0.3% zugenommen, während in der ersten Jahreshälfte 2011 ein Beschäftigungsanstieg um 2.7% erfolgte.

Der Wirtschaftsbereich Industrie und warenproduzierendes Gewerbe verzeichnete bis Mitte 2011 einen leichten Anstieg der Beschäftigten um 1.5% bzw. rund 210 Personen gegenüber Mitte 2010, während im Vorjahr noch ein Beschäftigungsrückgang von 0.9% resultiert hatte. Beschäftigungszuwächse ergaben sich insbesondere im Fahrzeugbau und in der Metallbearbeitung.

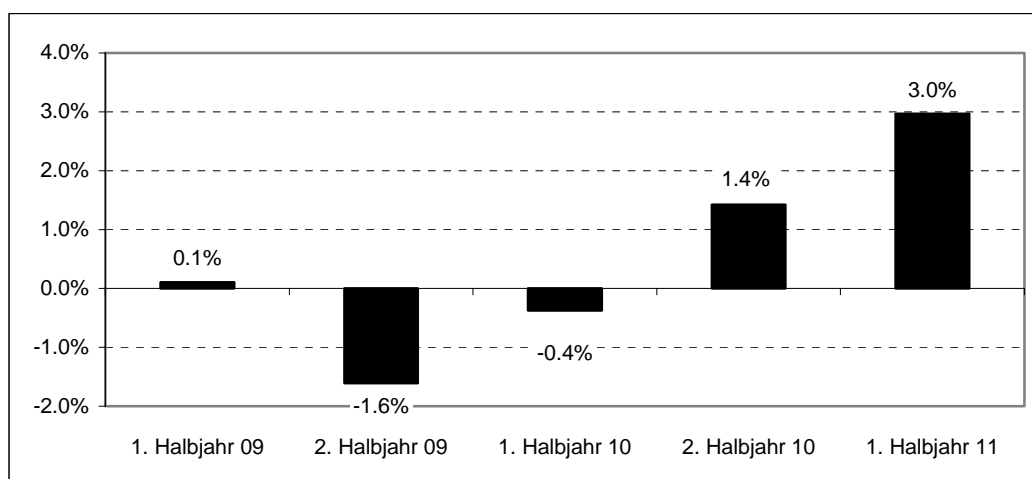
Der Wirtschaftsbereich Allgemeine Dienstleistungen erhöhte die Beschäftigtenzahl um 4.0% bzw. rund 790 Personen. Besonders stark zuzulegen vermochten die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Im Finanzdienstleistungsbereich resultierte bis Mitte 2011 ein Nullwachstum, während im Vorjahr die Beschäftigtenzahl abgenommen.

Die Arbeitslosenquote sank innert Jahresfrist von 2.5% auf 2.3% bzw. von 455 auf 421 Personen Ende August 2011.

Entwicklung der Beschäftigtenzahl

Veränderung der Anzahl Voll- und Teilzeitbeschäftigter gegenüber dem Vorjahreswert



Datenquelle: Amt für Statistik

2.1.3 Konjunkturumfrage im industriellen Bereich

An der Konjunkturumfrage zum 2. und 3. Quartal 2011 nahmen 49 Unternehmen der Industrie und des warenproduzierenden Gewerbes teil. Diese Unternehmen repräsentieren drei Viertel der Beschäftigten im Sektor Industrie.

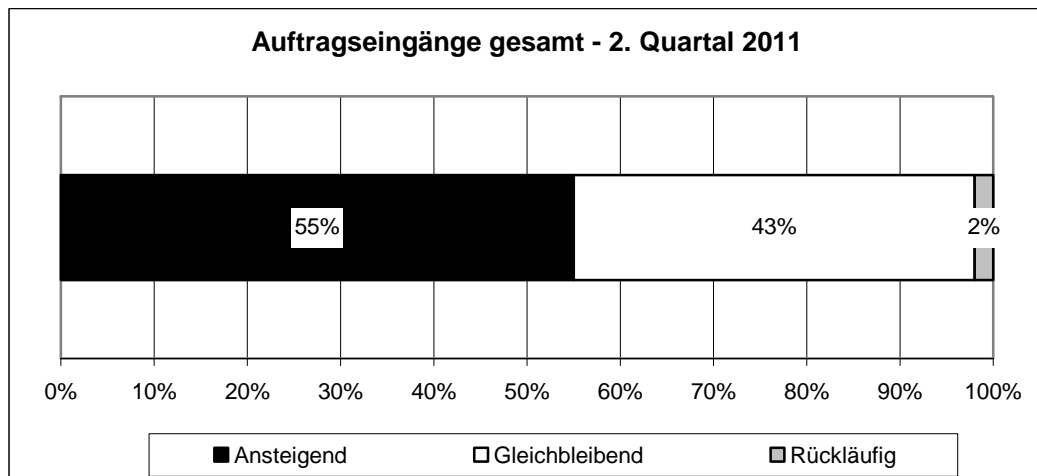
Trotz des starken Frankens schätzten die befragten Industrie- und Gewerbeunternehmen ihre Lage am Ende des 2. Quartals 2011 erstaunlich positiv ein. 70% der Unternehmen bezeichneten die allgemeine Lage als gut, für 29% der Unter-

nehmen war die Lage befriedigend. Nur 1% der Unternehmen bezeichnete die Lage als schlecht. Die Erwartungen der Unternehmen für das 3. Quartal 2011 deuten jedoch auf eine Verlangsamung des konjunkturellen Aufschwungs hin.

Die Metallindustrie beurteilte ihre Lage am Ende des 2. Quartals 2011 besonders positiv. Hier bezeichneten 86% der Metallunternehmen die Lage als gut, für die anderen Metallunternehmen war die Lage befriedigend. Der Anstieg der Auftragseingänge und der Anlagenauslastung verlangsamte sich jedoch im 2. Quartal 2011. In der Nichtmetallindustrie war die Lage für 47% der Unternehmen gut, für 52% war sie befriedigend. Die Entwicklung der Auftragseingänge und der Anlagenauslastung lag unter dem Vorjahresstand. Die Bauunternehmen schätzten ihre allgemeine Lage hingegen etwas besser ein als vor einem Jahr. Ihre Auftragseingänge und ihre Anlagenauslastung übertrafen den Vorjahresstand leicht.

Auftragslage am Ende des 2. Quartals 2011

Auftragseingänge im Vergleich zum Vorquartal, gewichtet nach Beschäftigten



Datenquelle: Amt für Statistik

2.1.4 Preise

Nach einem kurzen Anziehen der Teuerungsrate im März 2011 auf 1.0% pendelte die Jahresteuerung in den nachfolgenden Monaten wieder um den Nullwert. Im

September 2011 lag der Schweizerische Landesindex der Konsumentenpreise 0.5% über dem Vorjahresstand.

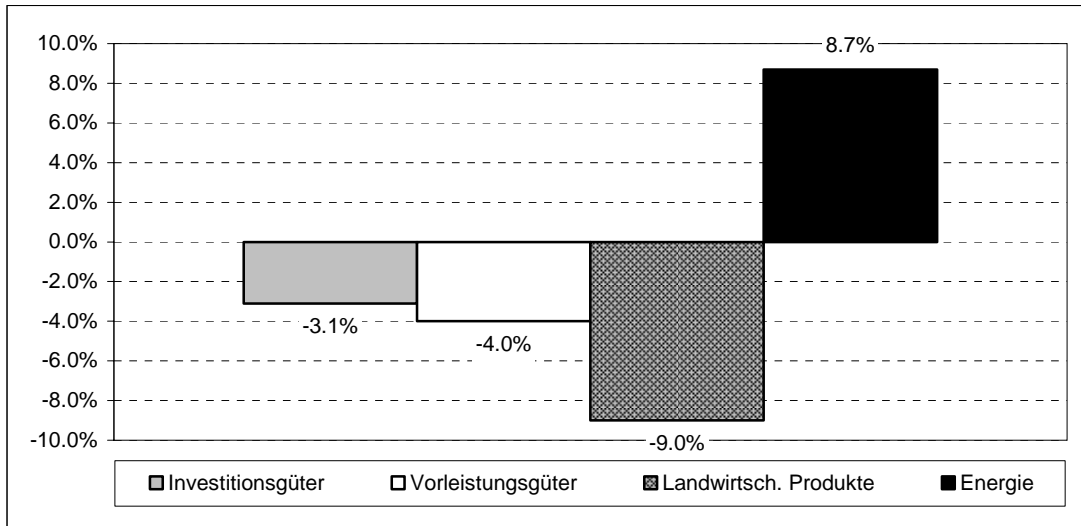
Das Konsumentenpreisniveau befindet sich derzeit unter dem Preisniveau von Mitte 2008. In den letzten Monaten trugen insbesondere die Preisrückgänge bei einer Reihe von Importgütern zu den tiefen Teuerungsraten bei, während sich die Preise für schweizerische Güter leicht erhöhten.

Die Kerninflationsrate ohne Energie und Treibstoffe lag im September 2011 bei 0.2%. Angesichts des starken Frankens ist derzeit eher eine deflationäre Tendenz zu befürchten als eine inflationäre Entwicklung.

Der Importpreisindex des Bundesamtes für Statistik notierte im August 2011 2.2% unter dem Vorjahresstand. Insbesondere von Juli auf August 2011 erfolgte ein starker Rückgang der Importpreise. Dieser Preisrückgang steht im Zusammenhang mit der starken Aufwertung des Schweizer Frankens und der abnehmenden wirtschaftlichen Dynamik in vielen Ländern. Besonders stark gingen im Vergleich zum Vorjahr die Importpreise von EDV-Geräten (-8.0%), von Papierprodukten und Druckerzeugnissen (-7.5%) sowie von Metallen und Metallprodukten (-4.1%) zurück.

Entwicklung verschiedener Importpreise bis August 2011

Veränderung der Importpreise einzelner Produktgruppen gegenüber dem Vorjahr in %



Datenquelle: Bundesamt für Statistik, Neuchâtel

2.1.5 Monetäres Umfeld

Nach einer Phase der erneuten Aufwertung des Schweizer Francs setzte die Schweizerische Nationalbank (SNB) am 6. September 2011 eine Untergrenze von CHF 1.20 für den nominellen Wechselkurs gegenüber dem Euro. Vorgängig war der Wechselkurs von CHF 1.30 Mitte April auf den bisherigen Tiefststand von CHF 1.04 Mitte August abgesunken, was die Bedingungen für die Exportindustrie erheblich verschlechterte.

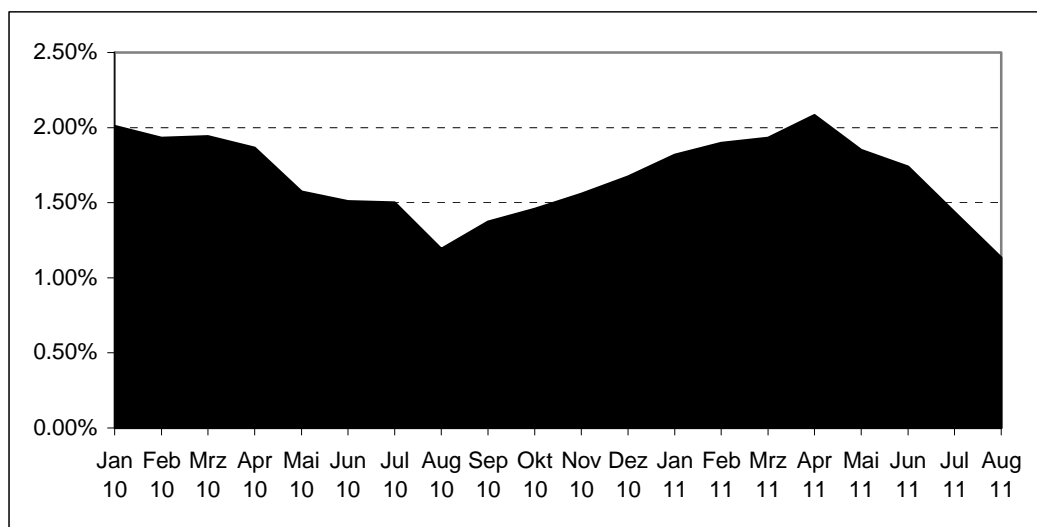
Seit August 2011 strebt die SNB einen Leitzinssatz so nahe bei Null wie möglich an. Gleichzeitig erhöhte die SNB die Liquidität auf dem Geldmarkt massiv. Die kurzfristigen Zinssätze liegen aktuell bei 0.03% (Dreimonats-Libor CHF). Die Liechtensteinische Landesbank AG bietet ihre dreimonatigen Nostro-Festgeldanlagen zum Zinssatz von 0.0% an.

Die Renditen der 10-jährigen Schweizer Bundesobligationen sanken bis Mitte August 2011 auf 0.93% ab, nachdem sie Mitte April 2011 noch bei 2.13% notiert hatten. Aktuell liegen die langfristigen Renditen bei 0.95%.

Gegenüber dem Euro hat sich der Schweizer Franken seit Ende 2009 um 17% aufgewertet. Aktuell liegt der Euro-Wechselkurs bei CHF 1.23. Auch gegenüber dem US-Dollar hat sich der Wechselkurs seit dem 6. September 2011 erhöht. Er notiert nun bei CHF 0.92.

Entwicklung der langfristigen Zinssätze

Rendite der 10-jährigen Obligationen der Schweizer Eidgenossenschaft



Datenquelle: Schweizerische Nationalbank

2.1.6 Warenexporte

Trotz der starken Überbewertung des Schweizer Frankens konnten die liechtensteinischen Warenexporte im 1. Halbjahr 2011 noch leicht zulegen.

Gesamthaft erhöhten sich die direkten Warenexporte der liechtensteinischen Unternehmen im 1. Halbjahr 2011 um 2.7% gegenüber dem 1. Halbjahr 2010 (ohne Exporte in die Schweiz). Im Juli und August 2011 gingen die Warenexporte hingegen um 1.1% zurück. Für die ersten acht Monate resultierte eine geringe Zunahme der Warenexporte um 1.8% gegenüber der Vorjahresperiode. Die Warenexporte der Schweiz nahmen im selben Zeitraum um 2.6% zu. Trotz der Exportzuwächse seit 2010 lagen die direkten Warenexporte Liechtensteins im

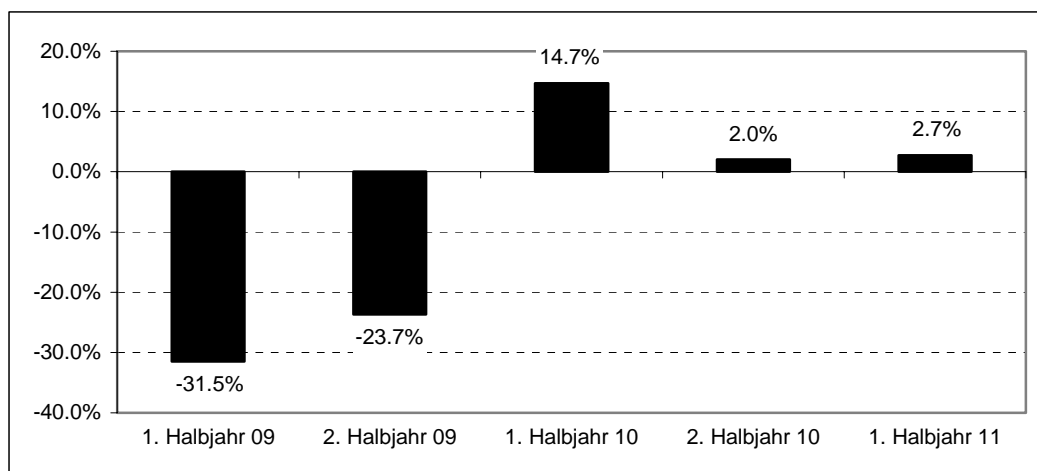
1. Halbjahr 2011 immer noch 19% unter dem Wert des 1. Halbjahres 2008 vor Beginn der Wirtschaftskrise.

Die Warenexporte in die europäischen Länder stagnierten in den ersten acht Monaten mit einem Plus von 0.4% beinahe. Dabei legten die Warenexporte nach Deutschland um 7.9% zu. Sie vermochten so die Rückgänge der Warenexporte nach Frankreich (-11.6%) und Grossbritannien (-1.7%) zu kompensieren.

Eine kräftige Zunahme verzeichneten im selben Zeitraum erneut die Warenexporte nach Asien mit einem Plus von 8.4%. Die Warenexporte in die USA erlitten aufgrund des schwachen Dollars hingegen einen Rückgang um 4.0%.

Entwicklung der liechtensteinischen Direktexporte

Warenexporte (ohne Exporte in die Schweiz) im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr in %



Datenquelle: Eidg. Oberzolldirektion

2.1.7 Finanzdienstleistungen

Seit den Sommermonaten haben sich die Turbulenzen an den Finanzmärkten verstärkt. Verantwortlich hierfür war insbesondere die erneute Verschärfung der europäischen Schuldenkrise mit der Befürchtung, dass es zu einem Zahlungsausfall Griechenlands kommen könnte. Die Aktienkurse gingen ab Juni 2011 stark zurück und auf den Geldmärkten drohten zeitweise Liquiditätsengpässe.

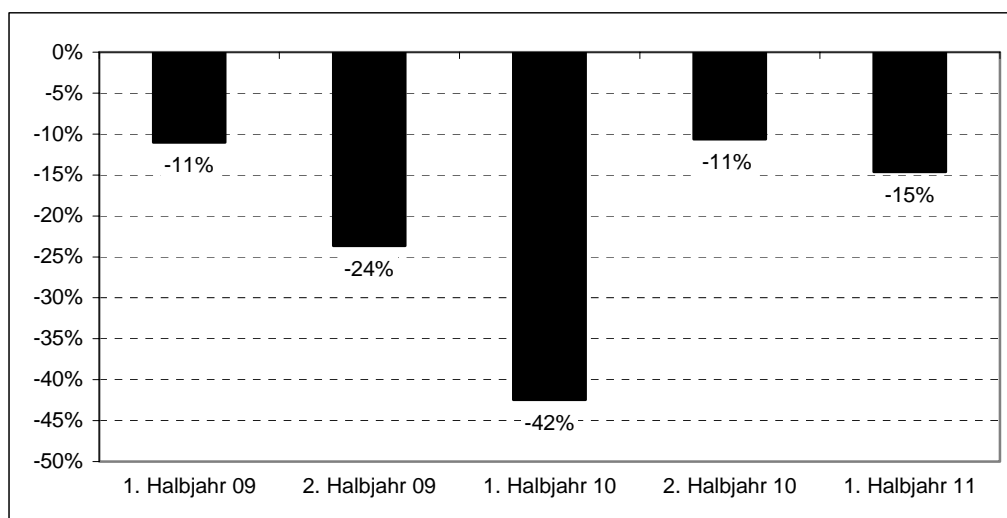
Obwohl die Situation an den Finanzmärkten in den ersten fünf Monaten dieses Jahres noch vergleichsweise ruhig war, nahmen die Umsätze der ausgewählten grösseren Finanzdienstleister gemäss den Mehrwertsteuerdaten im 1. Halbjahr 2011 um 15% ab.

Erfreulich war hingegen der Neugeldzufluss der drei grössten liechtensteinischen Bankengruppen. Sie verzeichneten im 1. Halbjahr 2011 einen Netto-Neugeldzufluss von CHF 6.5 Mrd., was den Zufluss von CHF 2.3 Mrd. im 1. Halbjahr 2010 deutlich übertraf. Trotz der Neugeld-Zuflüsse lag das betreute Kundenvermögen der drei Bankengruppen Mitte 2011 0.5% unter dem Vorjahresstand, was auf die negativen Währungs- und Kurseffekte zurückzuführen ist.

Der Swiss Performance Index (SPI) der Schweizer Aktienbörse liegt aktuell 17% unter dem bisherigen Höchstwert von Mitte Mai 2011. Im Vergleich zum Endjahresstand 2010 notiert der SPI 14% tiefer. Der MSCI Weltindex sank in dieser Zeit um 12%.

Umsatzentwicklung im Finanzdienstleistungsbereich

Veränderung der Umsätze gegenüber dem Vorjahreshalbjahr in %



Datenquelle: Steuerverwaltung

2.2 Die Entwicklung in wichtigen Exportländern

Die liechtensteinische Volkswirtschaft ist ausserordentlich stark von ausländischen Absatz- und Beschaffungsmärkten abhängig. Eine Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung Liechtensteins hat deshalb die Entwicklung der wichtigsten Absatzländer einzubeziehen. Auf die Schweiz, Deutschland und die USA entfällt rund die Hälfte der liechtensteinischen Warenexporte.

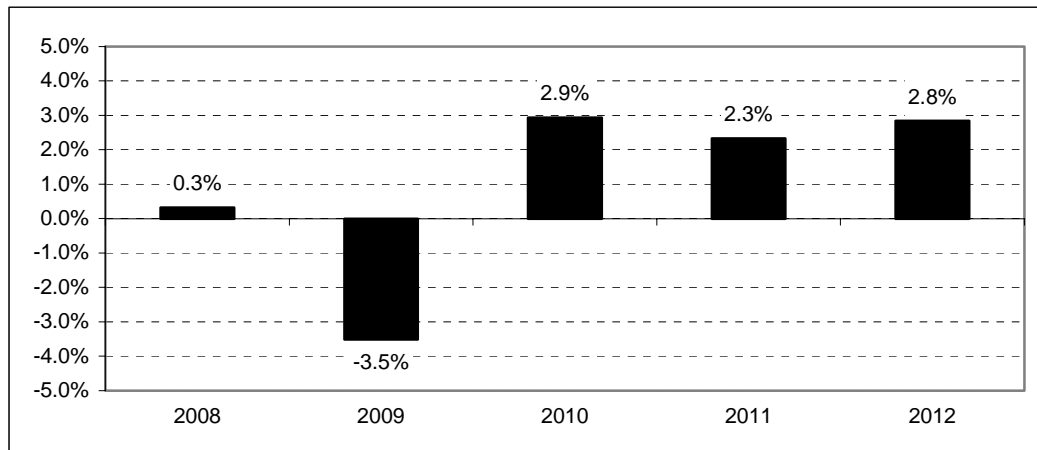
2.2.1 OECD-Mitgliedsländer

Für das laufende Jahr rechnete die OECD im Mai 2011 mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 2.3% für ihre 34 Mitgliedsländer. Nur für Griechenland, Japan und Portugal waren die BIP-Prognosen negativ, die höchsten Zuwachsraten wurden für Chile und die Türkei mit 6.5% berechnet. In den letzten Monaten verschlechterten sich die Wachstumsaussichten für die USA und den Euro-Raum jedoch. Das Konsumentenvertrauen und das Beschäftigungswachstum schwächten sich wieder ab, der Welthandel stagnierte im 2. Quartal 2011. In verschiedenen OECD-Ländern hat sich das Risiko erhöht, dass es im 3. oder 4. Quartal 2011 zu BIP-Rückgängen kommt.

Der vorauslaufende OECD-Index der Composite Leading Indicators weist für Herbst 2011 auf einen konjunkturellen Abschwung im Euro-Raum und im OECD-Raum hin.

Wachstumsraten der OECD-Länder

Veränderung des realen BIP gegenüber dem Vorjahr in %



Datenquelle: OECD (Economic Outlook, May 2011)

2.2.2 Schweiz

Die konjunkturelle Entwicklung der Schweizer Volkswirtschaft hat sich im 1. Halbjahr 2011 verlangsamt. Verglichen mit dem 2. Quartal des Vorjahres resultierte aber immer noch ein reales BIP-Wachstum von 2.3%.

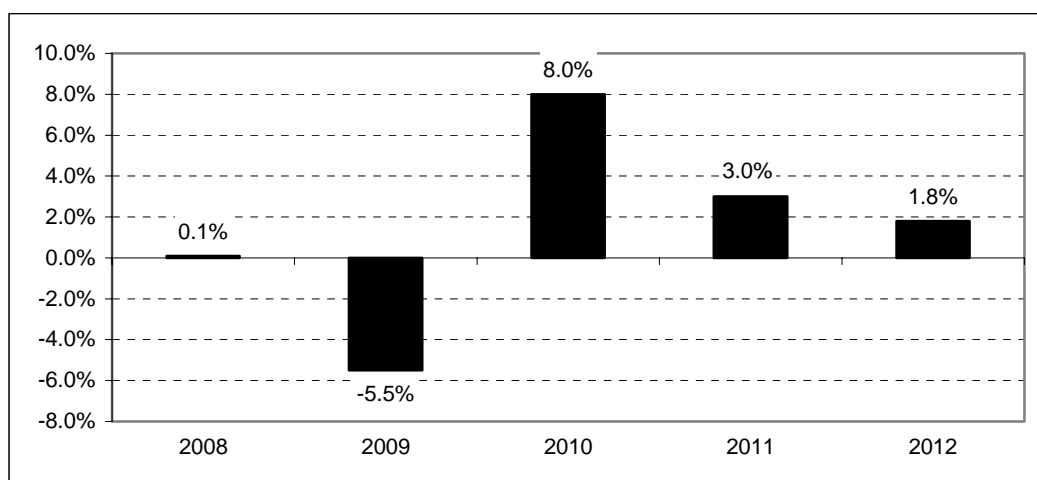
Für das laufende Jahr erwartet das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) einen Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes um 1.9%. Im 1. Halbjahr 2011 verzeichneten insbesondere die Finanzdienstleistungen und die öffentliche Verwaltung Wertschöpfungszuwächse. Der Industriesektor stagnierte hingegen. Auf der Nachfrageseite erhöhten sich die privaten Konsumausgaben nur noch leicht. Die Konsumentenstimmung hat sich in den letzten Monaten stark eingetrübt.

Aufgrund der ausgeprägten Abkühlung der Weltkonjunktur und des hoch bewerteten Schweizer Frankens rechnet das SECO mit einer deutlichen Abschwächung des Wachstums der Schweizer Volkswirtschaft im 2. Halbjahr 2011. Rückgänge werden insbesondere bei den Exporten und bei den Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen erwartet, während die Aussichten für die Bauinvestitionen aufgrund der sehr tiefen Zinsen besser sind.

Das Beschäftigungswachstum konnte sich im 1. Halbjahr 2011 fortsetzen. Im August 2011 ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei einer Arbeitslosenquote von 3.0% jedoch praktisch zum Erliegen gekommen. Das Beschäftigungswachstum beginnt nachzulassen.

Entwicklung der schweizerischen Importe

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, zu Preisen des Vorjahres



Datenquelle: BFS, SECO

2.2.3 Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft konnte im 1. Halbjahr 2011 ihr kräftiges Wachstum aus dem Vorjahr fortsetzen. Sie befindet sich nun jedoch am Beginn einer Schwächephase.

Gemäss den Angaben des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt in den ersten beiden Quartalen 2011 um 5.0% und 2.8%. Besonders starke Zuwächse verzeichneten nachfrageseitig die Exporte und die Ausrustungsinvestitionen der Unternehmen. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel (ifw) rechnet jedoch damit, dass der erwartete Abschwung in den Vereinigten Staaten und im Euroraum die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands bis in das kommende Jahr hinein erheblich beeinträchtigen wird. Falls die Unsicherheiten

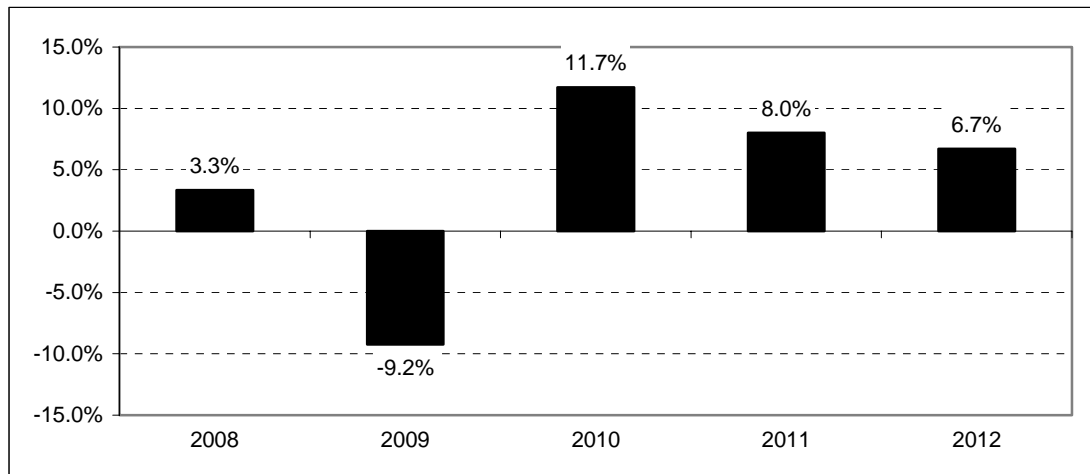
an den Finanzmärkten längere Zeit andauern sollten, sei auch eine Rezession nicht ausgeschlossen. Für das laufende Jahr geht das ifw von einem BIP-Wachstum von 2.8% aus.

Der ifo-Geschäftsklimaindex der gewerblichen Wirtschaft ist seit Juli 2011 gesunken. Die aktuelle Lage wird von den Firmen zwar weiterhin als vorwiegend gut beurteilt, die Erwartungen für die nächsten sechs Monate haben sie hingegen deutlich nach unten korrigiert.

Die Arbeitslosenquote liegt seit Mai 2011 unter dem Niveau von 7.1%, das kurz vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 erreicht worden war. Seit Juli 2011 steigt die Zahl der Arbeitslosen jedoch wieder. Für August 2011 beläuft sich die Arbeitslosenquote auf 7.0%.

Entwicklung der deutschen Importe

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, preisbereinigt



Datenquellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; OECD

2.2.4 USA

Nach einer recht dynamischen Entwicklung der US-amerikanischen Volkswirtschaft im vergangenen Jahr mit einem realen BIP-Wachstum von 3.0% hat die Expansion im 1. Halbjahr 2011 nachgelassen.

In den ersten beiden Quartalen 2011 lag das reale Bruttoinlandsprodukt der USA gemäss den Angaben des Bureau of Economic Analysis (BEA) 2.2% bzw. 1.6% über den Vorjahreswerten.

Im 2. Quartal 2011 trugen nachfrageseitig insbesondere die Investitionen der Unternehmen sowie die Exporte zum Wirtschaftswachstum bei, während die privaten Konsumausgaben nur wenig zunahmen.

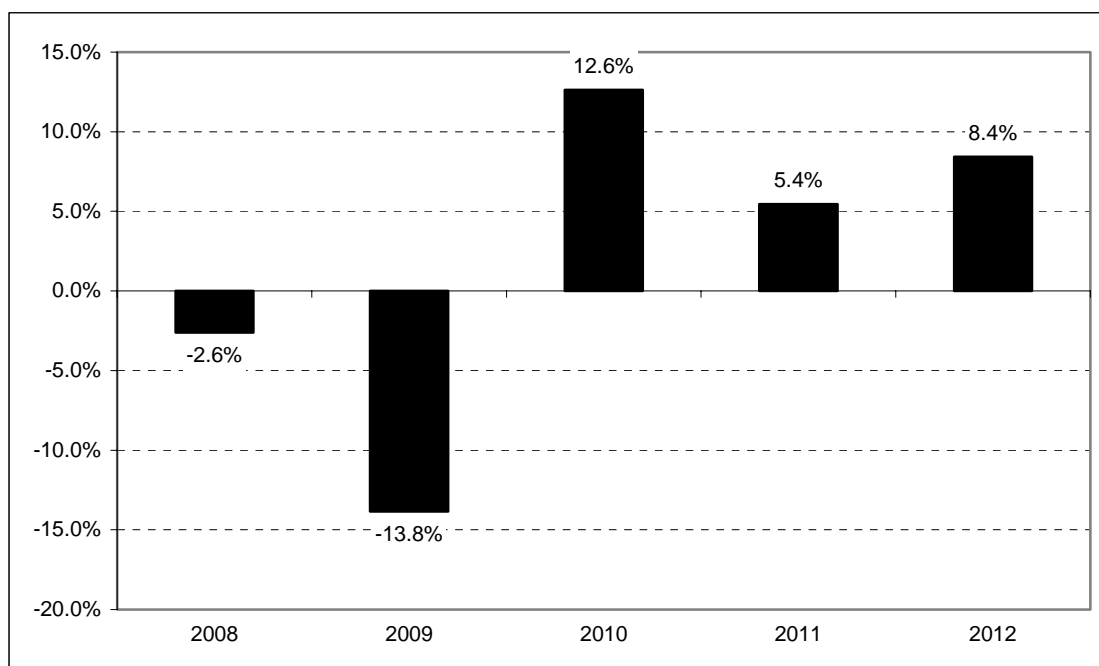
Im Gegensatz zum Euroraum vermochten die USA zwischenzeitlich das Produktionsniveau vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise fast wieder zu erreichen. Die Arbeitslosenquote ist mit 9.1% im August 2011 jedoch weiterhin sehr hoch und das Beschäftigungswachstum kam in den letzten Monaten weitgehend zum

Erliegen. Gleichzeitig tendieren die Erwartungen der Konsumenten und der Unternehmen nach unten. Der Index der Konsumentenstimmung sinkt weiter ab, obwohl er sich bereits auf tiefem Niveau befindet. Die Geschäftsklimaindizes der Unternehmen verschlechtern sich ebenfalls.

Das Wachstum der realen Importe hat sich seit dem 4. Quartal 2010 verlangsamt. In den ersten beiden Quartalen 2011 erhöhten sich die realen Importe der USA noch um 9.6% bzw. 4.7% gegenüber den Vorjahresquartalen.

Entwicklung der US-Importe

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, preisbereinigt



Datenquelle: OECD (Economic Outlook, May 2011)

2.3 Beurteilung der liechtensteinischen Konjunkturentwicklung

Der konjunkturelle Aufschwung der liechtensteinischen Volkswirtschaft beginnt sich zu verlangsamen. Dabei zeigen sich erneut deutliche Unterschiede zwischen dem exportorientierten Industriesektor, welcher trotz des hoch bewerteten

Schweizer Frankens im 1. Halbjahr 2011 weiter expandieren konnte, und dem mit Einbussen kämpfenden Finanzdienstleistungsbereich.

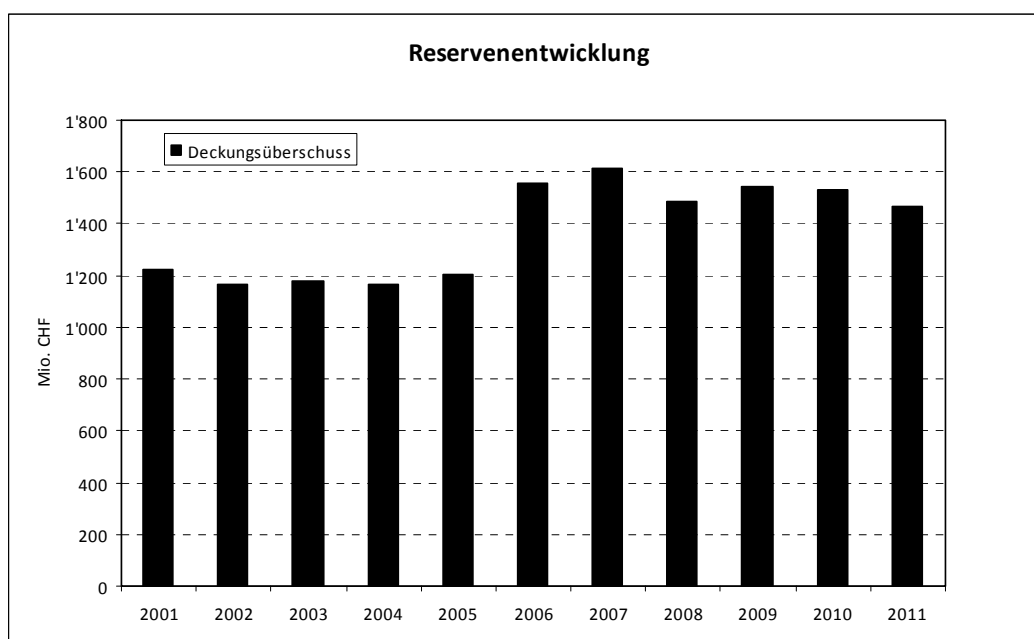
Im Industriesektor stiegen die Umsätze ausgewählter grösserer Unternehmen im 1. Halbjahr 2011 um 12% gegenüber dem 1. Halbjahr 2010. Gleichzeitig erhöhte sich die Beschäftigung in der Industrie und im warenproduzierenden Gewerbe bis Mitte 2011 um 1.5%. Die direkten Warenexporte konnten im 1. Halbjahr 2011 um 2.7% zulegen. In den letzten Monaten schwächte sich das Exportwachstum jedoch ab.

Seit dem 2. Halbjahr 2008 sind gemäss den MWST-Angaben die Umsätze der ausgewählten grösseren Finanzdienstleister rückläufig. Im 1. Halbjahr 2011 mussten diese Finanzdienstleister einen Umsatzrückgang von 15% hinnehmen gegenüber dem 1. Halbjahr 2010. Erfreulich war hingegen der erhöhte Netto-Neugeld-Zufluss von CHF 6.5 Mrd. für die drei grössten Bankengruppen im 1. Halbjahr 2011. Die Beschäftigung im Finanzdienstleistungsbereich befand sich Mitte 2011 auf demselben Niveau wie vor einem Jahr.

Eine Reihe von Faktoren wirken sich derzeit ungünstig auf die konjunkturelle Entwicklung der liechtensteinischen Volkswirtschaft aus. Die weltwirtschaftliche Abschwächung und der hoch bewertete Schweizer Franken dämpfen die Nachfrage nach liechtensteinischen Exportgütern und drücken auf die Gewinnmargen der Exportunternehmen. Gleichzeitig belasten die tiefen Zinsen und die Turbulenzen aufgrund der europäischen Schuldenkrise die Ergebnisse der Finanzdienstleister. Es muss deshalb davon ausgegangen werden, dass sich die konjunkturelle Entwicklung der liechtensteinischen Volkswirtschaft weiter abschwächen wird.

3. FINANZPOLITISCHE AUSGANGSLAGE

Die heutigen Reserven des Staatshaushaltes ergeben sich einerseits aus den kumulierten Finanzierungsüberschüssen der Vergangenheit und andererseits zu einem Grossteil aus dem Verkauf von Aktienanteilen an der Liechtensteinischen Landesbank AG. So ergaben sich mit der letztmaligen Reduktion des Staatsanteils an der Liechtensteinischen Landesbank AG im Jahr 2006 kumulierte Verkaufserlöse von rund CHF 1.1 Mrd. Ohne Berücksichtigung der Erlöse aus dem Aktienverkauf konnten die Reserven nach dem Jahr 2000 aufgrund der Finanzierungsüberschüsse und -fehlbeträge nicht erheblich ausgebaut werden.



Im Jahr 2010 schloss die Rechnung aufgrund eines Finanzierungsfehlbetrages aus der betrieblichen Tätigkeit von CHF 51 Mio. und einem Finanzergebnis im Rahmen der Erwartungen in Höhe von CHF 36 Mio. mit einem Finanzierungsfehlbetrag in Höhe von CHF 16 Mio. ab. Für das laufende Jahr wird mit der Mutmasslichen Rechnung 2011 von einem Finanzierungsfehlbetrag aus der betrieblichen Tätigkeit in Höhe von CHF 73 Mio. ausgegangen. Unter Berücksichtigung des

prognostizierten Finanzergebnisses von CHF 7 Mio. schliesst die Gesamtrechnung mit einem voraussichtlichen Finanzierungsfehlbetrag von CHF 66 Mio. ab, womit die Reserven im entsprechenden Umfang abgebaut würden.

Auf der Grundlage der Finanzplanung 2010-2014 zeigte die Regierung, dass ohne einschneidende Gegenmassnahmen hohe Finanzierungsfehlbeträge zu erwarten sind und ein grosser Teil der staatlichen Reserven abgebaut würden. Aufgrund dessen hat die Regierung zur Sanierung des Staatshaushalts das Projekt „ausgewogen2015“ mit einem Sanierungsbedarf von CHF 160 Mio. lanciert. Nachdem die Finanzplanung 2011-2015 den weiteren Handlungsbedarf aufzeigte, wurde das Sanierungsziel aufgrund des Ergebnisses der Rechnung 2010 auf CHF 135 Mio. reduziert. Bezüglich des Sanierungsprojekts konnten bereits diverse Massnahmen, wie die Anpassung des Finanzzuweisungssystems an die Gemeinden oder die Abschaffung der NBU-Subvention, realisiert werden, was zu entsprechenden Entlastungen der Aufwandseite des Staatshaushaltes führt. Die vorliegende Finanzplanung für die Jahre 2012-2015 zeigt die weitere Entwicklung des Staatshaushalts, wobei die Realisierung der geplanten Einsparziele Berücksichtigung findet.

4. VORGEHEN UND PRÄMISEN

4.1 Vorgehen

Die Finanzplanung baut jeweils auf dem Voranschlag des kommenden Jahres auf und hinterlegt Prämissen für die Entwicklung der weiteren Jahre. Wie im vergangenen Jahr wurden im Zuge der Erarbeitung und Einschätzung der Prämissen für die Finanzplanung erneut diverse Branchenverbände um eine Einschätzung der Entwicklung in ihren Bereichen ersucht. Gebeten wurde um Einschätzungen zu den Auswirkungen der wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen

auf die Branchen, zur Beschäftigungsentwicklung sowie zu den Umsatz- und Ertragschancen in den jeweiligen Branchen. Von einigen wenigen Branchenverbänden sind Rückmeldungen eingegangen, welche im Nachfolgenden mit deren Einverständnis dargelegt werden. Keine Rückmeldung abgegeben haben der Liechtensteinische Bankenverband sowie die Wirtschaftskammer Liechtenstein. Der Anlagefondsverband sah sich aufgrund der gerade aktuell sehr stark veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen noch nicht im Stande, eine mittelfristige Einschätzung abzugeben, hat jedoch zugesagt, dies im nächsten Jahr gerne zu tun.

LIHK

„Situation: Die meisten Industrieunternehmen sind massiv von der Situation mit dem starken Schweizer Franken getroffen. Für viele Unternehmen ist der Wechselkurs des Euro das Hauptproblem, für einige aber auch der Dollar und die anderen Währungen, da je nach Unternehmensstruktur sehr grosse Kostenblöcke in Franken bestehen. Obwohl zur Zeit die Arbeitsauslastung im Regelfall gut bis sehr gut ist, gehen mit der bestehenden Währungssituation die Umsätze und Erträge stark zurück. Hinsichtlich des zukünftigen Geschäftsganges besteht eine grosse Unsicherheit und auch bezüglich der Entwicklung der Wechselkurse ist eine Prognose sehr schwierig. Den Unternehmen bleibt daher nur in verschiedenen Szenarien zu planen und sich so gut als möglich auf eine gegebenenfalls noch länger dauernde Frankenstärke einzustellen. Wenn der Franken längerfristig stark bleibt, entsteht eine ausserordentlich schwierige Situation für die Unternehmen und die entsprechend nötigen Entscheidungen werden schwierig zu fällen sein. Die „einfachen“ Massnahmen wie z.B. Änderung in der Beschaffung, Einstellungsstopp/Einstellungsverlangsamung, Strukturanpassungen, Sortimentsüberprüfungen usw. wurden bereits umgesetzt oder sind in Umsetzung.

Fazit: Umsätze und Erträge gehen währungsbedingt in fast allen Industrieunternehmen deutlich zurück, dadurch werden auch die Steuerzahlungen an den Staat

rückläufig bis stark rückläufig sein. Das wird sich, vermutlich sogar längerfristig, sehr negativ auf den Staatshaushalt auswirken. Gesunde Staatsfinanzen sind eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft Liechtensteins und seiner Wirtschaft. Ein kleiner Staat muss unbedingt schuldenfrei bleiben, um seine Zukunft zu sichern; er kann und soll sich nicht wie grössere Staaten auf fremde Gelder verlassen. Die LIHK fordert daher, dass alles Mögliche unternommen wird, um im Jahr 2015 wieder einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu erlangen. Das heisst, dass zusätzlich zu den bereits von der Regierung geplanten Massnahmen weitere massive Sparanstrengungen nötig sind, um dieses Ziel zu erreichen. Diese Sparanstrengungen bedeuten aber keineswegs, dass nicht mehr in die Zukunft des Landes investiert werden darf. Im Gegenteil, durch Sparen frei gewordene Gelder müssen unbedingt in nachhaltige Projekte, wie z.B. in die Forschung und in Aus- und Weiterbildung investiert werden. Um die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu halten, ist es für die Industrie ausserordentlich wichtig, dass die Steuern nicht angehoben werden, damit ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort und die Zukunft der nächsten Generation gesichert sind.“

Rechtsanwaltskammer

Die Rechtsanwaltskammer verweist auf ihre Rückmeldung im Jahr 2010, da sich an ihrer Einschätzung nichts Substanzielles geändert hat: "Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass weiterhin mehr Gesellschaften gelöscht als gegründet werden, was Auswirkungen auf die direkten Steuereinnahmen aber auch auf die verschiedenen Honorare und damit auf die Mehrwertsteuer haben wird. Das genaue Ausmass ist immer noch schwierig abzuschätzen. Wir gehen jedoch davon aus, dass in den nächsten zwei Jahren nach den schon erfolgten Löschungen nochmals 10% abwandern werden. Vermutlich wird sich aber ein Teil auch bloss umstrukturieren. Die Industrie dürfte vom international spürbaren und von Deutschland speziell getriebenen Aufschwung profitieren. Nachdem bei uns im Land vor allem Zuliefer- und Exportindustrie domiziliert ist, hängt diese von den

entsprechenden Hauptproduzenten ab und das Währungsumfeld (Euro/CHF) wird ebenfalls seinen Einfluss haben. Derzeit ist der Euro eher schwach, was nicht hilfreich ist. Dennoch sind wir hier optimistisch. Bei den Treuhändern wird sich die Konsolidierung fortsetzen. Man wird vermehrt vom reinen Massengeschäft auf ein intensiveres Beratungsgeschäft wechseln. Dies bedeutet, dass einige Treuhandbüros ihre Tore werden schliessen müssen. Diejenigen die überleben, werden weiterhin genug Arbeit haben, aber spürbar geringeren Ertrag erzielen. Dies wird insbesondere auch Auswirkungen auf die Banken und Vermögensverwalter haben, weil das Ganze auch zum Abzug oder zumindest zur Stagnation von Assets under Management führen wird. Die Konsequenzen aus dem vorher Gesagten sind offensichtlich: Die Staatseinnahmen werden massiv unter Druck kommen und hier wird sich in den nächsten Jahren die Realität zeigen, nachdem wir in diesem Jahr noch von einer gewissen Zeitverschiebung – nachträgliche Steuerveranlagung – profitiert haben. Die Regierung und der Landtag haben im Juni ein entsprechendes Sanierungspaket geschnürt. Es wird nun aber die Umsetzung und die laufende Anpassung an die neuen Entwicklungen benötigen. Dies wird kein einfacher Prozess sein und manche Entscheidung benötigen, die nicht bei allen auf offene Ohren stossen wird.

Schon in den letzten Jahren ist es für neue Rechtsanwaltskanzleien und auch für Einzelkämpfer immer schwieriger geworden, richtig Fuss zu fassen. Es scheint, dass der Markt für Rechtstreitigkeiten vor den Gerichten enger geworden ist. Selbstverständlich wird immer gestritten werden, aber es wird für Neueinsteiger immer schwieriger, am "Gerichtsmarkt" zu partizipieren. Kunden und vor allem wohlhabende Kunden möchten gerade in schwierigeren Phasen erfahrene Rechtsanwälte und erfahrene Kanzleien beiziehen. Gleichzeitig wird der Rechtsanwaltsstand wohl davon profitieren, dass schwierigere Zeiten einen erhöhten Beratungsaufwand mit sich bringen. Somit dürfte für die nächsten Jahre eine gute Auslastung der arrivierten Kanzleien gewährleistet sein. Schwieriger ist die

Situation hinsichtlich der Anstellung von Konzipienten. Es können sich hier in Zukunft durchaus Engpässe ergeben. Dies ist insbesondere deswegen nicht gänzlich unkritisch, weil ja die Praxis bei einem Liechtensteiner Rechtsanwalt oder einer liechtensteinischen Rechtsanwältin Voraussetzung dafür ist, dass jemand selber Rechtsanwalt werden kann. Ähnlich wie generell im Finanzdienstleistungs- und Dienstleistungsbereich wird auch ein gewisser Druck auf die "Assistenzstellen" kommen. Hierunter sind alle zudienenden und vorbereitenden Arbeiten wie Sekretariat, Assistenz, Sachbearbeitung und Buchhaltung gegeben. Wenn das sogenannte Massengeschäft im Finanzdienstleistungs- und Dienstleistungsbereich nachlässt und weniger repetitive Arbeiten aufkommen, könnte es hier zur Reduktion kommen.

Wie schon in der vorhergehenden Frage ausgeführt, dürfte für die nächsten zwei, drei Jahre eher eine Seitwärtsbewegung stattfinden. Danach wird es sehr darauf ankommen, ob Liechtenstein Modelle für die Strukturierung, den Schutz und die Verwaltung von Vermögen anbieten kann, die international akzeptiert sind und einen Mehrwert für die Kunden bringen. Es ist zu früh, jetzt schon hierüber Auskunft zu geben. "

Liechtensteinische Treuhändervereinigung

Auf Wunsch der Treuhändervereinigung können die Einschätzungen nur auszugsweise zitiert werden: „Die Treuhandbranche steht mitten in einer grossen strukturellen Umwälzung, welche konjunkturelle Einflüsse in den Hintergrund treten lassen. Wie gut sich die Treuhandbranche wird behaupten können, hängt stark von den internen und externen Rahmenbedingungen ab. Die Internationalisierung und Globalisierung bewirkt einen hohen Bedarf an Aus- und Weiterbildung. Hier befindet man sich auf gutem Weg. Zentrales Element für die Prosperität der Treuhandbranche aber auch des Finanzplatzes ist in der heutigen Situation die zivil- und steuerrechtliche Anerkennung liechtensteinischer Strukturen im

Ausland. Sollten hier keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden, wird die Treuhandbranche markant an Marktanteilen verlieren. Insbesondere wird dadurch der Weg verbaut, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln und die durch den Transformationsprozess bewirkten Rückgänge einigermaßen auffangen zu können. DBA-Verhandlungen sind eine der wenigen Möglichkeiten, für die liechtensteinischen Strukturen Anerkennung erlangen zu können. Hier wurden schon einige Gelegenheiten verpasst, da diesem Aspekt bis anhin nicht die ihm zukommende Bedeutung beigemessen wurde.

Auch der in weiten Teilen fehlende Einbezug der Finanzplatzverbände und die damit verbundene fehlende Rücksichtnahme auf das Kundenvertrauen und die ökonomischen Gegebenheiten bei verschiedensten Finanzplatzvorlagen wirkt sich negativ aus. Unverständlicherweise finden auch keine Diskussionen darüber statt, wie man der Treuhandbranche als einen wichtigen Pfeiler unserer Volkswirtschaft durch die Anpassung der internen Rahmenbedingungen, entgegenkommen kann. Das neue Steuergesetz ist ein wichtiges Instrument dafür, genügt aber für sich alleine noch nicht.

Die Statistik zu Gründungen und Löschung ist wohl ein Spiegelbild der derzeitigen Wettbewerbssituation. Liechtenstein verliert zurzeit stetig an Boden. Diese Situation wird noch dadurch verschärft, als aufgrund der verstärkten Regulierung die Kostenseite überproportional ansteigt. Hier drängt sich eine Deregulierung auf.

Aufgrund des massiv gestiegenen Personalaufwands ist die Beschäftigungsentwicklung trotz stark rückläufiger Zahlen erst leicht rückläufig. Auf mittlere Frist ist aber mit einem spürbaren Abbau der Mitarbeiter und der Schliessung von Treuhandbüros zu rechnen. Noch ungewiss ist, wieviel der Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden.“

Liechtensteinischer Versicherungsverband

„Der Versicherungsplatz Liechtenstein ist verhältnismässig jung und in den letzten Jahren stark gewachsen. Für die nächsten Jahre steht die Konsolidierungsphase an. Es gilt nun die Rahmenbedingungen weiter auszubauen, so dass sich der Versicherungsplatz weiter entfalten kann. Insbesondere ist die auf Versicherungsprodukte erhobene Umsatzabgabe zu nennen, welche das Versicherungsgeschäft hemmt und ein erheblicher Wettbewerbsnachteil gegenüber konkurrierender Versicherungsstandorten darstellt. Den liechtensteinischen Versicherern entgehen dadurch jährlich geschätzte mehrere CHF 100 Mio. Prämieinnahmen. Positiv dürfte sich das neue Steuergesetz auf die Dynamik des Versicherungsplatzes auswirken. Als weiterer wichtiger Punkt ist die Abkommenspolitik der Regierung zu nennen. Der Abschluss von Steuerabkommen, insbesondere von DBAs, schafft Rechtssicherheit im grenzüberschreitenden Versicherungsgeschäft und erhöht die Reputation. Das wirkt sich günstig auf das Versicherungsgeschäft aus.

Nach einer starken Zunahme der Beschäftigten in der Privatassekuranz in den letzten Jahren gehen wir davon aus, dass die Anzahl der Beschäftigten in den nächsten Jahren langsamer wachsen wird. Auch in diesem Bereich gehen wir von einer Konsolidierungsphase aus.

Wir gehen von einem Rückgang des Prämienwachstums aus. Auch in diesem Fall steht nach den Jahren des Anfangswachstums des Versicherungsplatzes Liechtenstein nun die Konsolidierungsphase an und das Wachstum der Prämieinnahmen wird sich einpendeln. Während der anstehenden Konsolidierungsphase können allerdings Abschlüsse von Steuerabkommen mit Ländern, in welchen die liechtensteinischen Versicherer präsent sind, das Prämienwachstum verstärken.“

Verein Unabhängiger Vermögensverwalter in Liechtenstein

Die Rückmeldung des Vereins Unabhängiger Vermögensverwalter ging nicht in Form einer schriftlichen Stellungnahme ein, sondern wurde mündlich ausgeführt und kann wie folgt zusammengefasst werden:

Der Verein der Vermögensverwalter weist darauf hin, dass er als Bestandteil des liechtensteinischen Finanzplatzes abhängig ist von den Entwicklungen bei den weiteren Finanzmarktteilnehmern (bspw. Banken, Treuhänder, Fonds). Der Transformationsprozess für den liechtensteinischen Finanzplatz ist noch nicht abgeschlossen und wird weitere Zeit in Anspruch nehmen. Nebst den Rahmenbedingungen im Inland sind die Vermögensverwalter aber auch auf die Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten angewiesen. Der Verein geht zwar davon aus, dass das Volumen der verwalteten Vermögen gehalten werden kann, andererseits wird mit einer negativen Ertragsentwicklung gerechnet. Ausgehend von hohen Kostenstrukturen muss langfristig auch davon ausgegangen werden, dass Abgänge nicht kompensiert werden und die Beschäftigung zurückgehen wird.

4.2 Prämissen

Ganz grundsätzlich muss festgehalten werden, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegenüber dem vor einem Jahr erstellten Finanzplan in sehr kurzer Zeit wesentlich verändert haben. Wie schon in Kapitel 2 beschrieben, hat die im letzten Jahr anziehende Weltwirtschaft seit anfangs 2011 zum Teil wieder deutlich abgeschwächt. Dabei haben sich verschiedene Ereignisse wie die Reaktorkatastrophe in Japan sowie die Euro-Krise kumuliert. Von den Auswirkungen dieser Vorgänge wird auch Liechtenstein nicht verschont, wobei sich diese Entwicklung in erster Linie auf die Steuereinnahmen des Landes von juristischen Personen auswirkt. Dabei sind es zwei Hauptgründe, welche die steuerbaren Gewinne von grossen inländischen Steuerzahlern deutlich schmälern.

Zum Einen „leiden“ v.a. die Exportwirtschaft aber auch der Bankensektor unter dem sehr starken Schweizer Franken. Andererseits ist die Zinsmarge der Banken mittlerweile erodiert, was sich sehr deutlich in den Geschäftszahlen 2011 niederschlagen wird resp. angesichts der publizierten Halbjahresergebnisse bereits niedergeschlagen hat.

Und zuguterletzt wirken sich die Neuerungen des am 1.1.2011 in Kraft getretenen Steuergesetzes aus. Der Eigenkapitalzinsabzug von 4% bei den juristischen Personen schmälert das Steueraufkommen zusätzlich, ist jedoch andererseits auch gerade als entlastende Komponente der Unternehmen in konjunkturell schwierigen Zeiten gedacht.

In Summe führen diese Entwicklungen dazu, dass eine mittelfristige Einschätzung vor allem der Ertragsseite des Landes mit ungewöhnlich hohen Unsicherheiten behaftet ist. Dennoch ist es Aufgabe dieser Mittelfristplanung, den Versuch zu unternehmen, einen Ausblick zu liefern. Der Regierung ist es deshalb wichtig, die relevanten Prämissen erneut ausführlich und transparent darzustellen.

4.2.1 Ertragspositionen

Die im vorangehenden Kapitel dargelegten Einschätzungen der Branchenverbände wurden von der Steuerverwaltung bei der Prognose der Steuererträge des Planungszeitraums neben eigenen Erkenntnissen und Beurteilungen mitberücksichtigt. Vor dem Hintergrund des seit 1.1.2011 in Kraft getretenen neuen Steuergesetzes ist die Einschätzung der Erträge des Staatshaushaltes auf die kommenden vier Jahre mit Unsicherheiten behaftet, wobei für die Finanzplanjahre 2013 bis 2015, basierend auf dem Budget 2012, folgende Prämissen für die wichtigsten **Ertragspositionen** unterlegt werden:

- **Vermögens- und Erwerbssteuer:** jährlich +2%;

- **Ertragssteuer:** 2013 -15.6%, 2014 +6.9%, 2015 +8.5%; individuelle Einschätzungen der Branchenentwicklungen;
- **Wechselwirkung zu ordentlicher Ertragsbesteuerung:** 2013 freiwilliger Wechsel von 500 Sitzgesellschaften zur Ertragsbesteuerung zu einem durchschnittlichen Steuerbetrag von CHF 5'000 (kommerziell tätige Gesellschaften, welche von DBAs profitieren möchten), 2014 Wechsel von 20'000 Gesellschaften mit einem durchschnittlichen Steuerbetrag von CHF 1'500 (Gesellschaften, welche in Liechtenstein nur geringe steuerbare Ergebnisse aufweisen);
- **Mindestertragsbesteuerung PVS/Besondere Gesellschaftssteuer:** jährliche Nettoveränderung Gründungen/Löschungen 2013 -5'000, ab 2014 stabile Anzahl Gesellschaften;
- **Couponsteuer:** 2013 CHF 0 Mio., 2014-2015 je CHF 0.5 Mio. da vermutlich nicht alle Altreserven abgerechnet werden;
- **Stempelabgaben:** +2% jährlich;
- **Mehrwertsteuer:** 2013 +2.3%, 2014 +3.1%, 2015 +2.1%;
- **Geldspielabgabe:** ab 2014 jährlich CHF 4.3 Mio.;
- **Dividende der LLB AG:** 2013 CHF 2.00 pro Aktie, 2014 CHF 2.50 pro Aktie, 2015 CHF 3.00 pro Aktie;
- **Poolanlagen:** Volumenadjustierungen im Ausmass der prognostizierten Finanzierungsfehlbeträge.

4.2.2 Aufwandspositionen

Im Bereich der **Aufwendungen** werden die von der Regierung definierten Zieleinsparungen in den einzelnen Aufwandskategorien gemäss dem Sanierungsprojekt unter Beachtung der bereits beschlossenen oder in Planung befindlichen Massnahmen vollständig berücksichtigt.

Personalaufwand

Nachfolgend werden bereits realisierte oder momentan in Planung befindliche Massnahmen mit deren finanziellen Auswirkungen (voraussichtliche Einsparung und Wirkungszeitpunkt) aufgelistet, welche bereits über die konkreten Budgetpositionen Eingang in die vorliegende Finanzplanung gefunden haben.

- **Frühpensionierungen:** Reduktion gemäss Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Anpassung des Besoldungsgesetzes. 2013: CHF -1.1 Mio. noch nicht modellbedingt, 2014 und 2015 je CHF -1.1 Mio. teilweise aufgrund der vorgeschlagenen Modellanpassungen;
- **Stellenpool:** Reduktion der budgetierten Mittel um CHF -0.5 Mio.;
- **Bildungsbereich:** Kürzung im Umfang von CHF -0.6 Mio. aufgrund von bisheriger Reduktion der Altersentlastungen, der Systemanpassungen und der Lehrerweiterbildung;
- **Diverse übergreifende Personalaufwandsreduktionen:** Abnahme seit 2010 um CHF -1.1 Mio. (Ausschreibung der Versicherungspolice, Reduktion der Überzeiten, Umstellung von Verpflegungsbeiträgen, etc.)

Im Rahmen der vorliegenden Finanzplanung wurden dem Personalaufwand folgende weitere Prämissen zugrunde gelegt:

- **Lohnanpassungen (Teuerung/Leistungsanteile):** jährlich \emptyset +1.0%;
- **Altersanpassungen und Systemanpassung:** je +0.25%;
- **Sanierungsziel Personalaufwand:** stufenweise Reduktion des Personalaufwands um die unter Berücksichtigung der bereits realisierten oder geplanten Massnahmen noch verbleibenden CHF -6.9 Mio. bis 2015 gemäss Sanierungsprojekt.

Sachaufwand

Resultierend aus den von den Amtsstellen erarbeiteten Reduktionsvorschlägen konnten bereits im Budget 2012 diverse Reduktionen realisiert werden. Unter Betrachtung der einzelnen Sachaufwandspositionen, berücksichtigt die Finanzplanung bis Ende 2015 bereits Einsparungen im Umfang von CHF 6.0 Mio., ohne Einbezug des Gebäudeunterhalts. Daraus resultiert folgende korrigierende Annahme für den Sachaufwand:

- **Sanierungsziel Sachaufwand:** stufenweise Reduktion des Sachaufwands um weitere CHF -6.9 Mio. bis 2015 gemäss Sanierungsprojekt unter Berücksichtigung bereits beschlossener oder geplanter Massnahmen.

Laufende und investive Beiträge

- **AHV-Staatsbeitrag:** Rentenzuwachs 2013 +4.9%, 2014 +5.0%, 2015 +5.1%, Teuerungsanpassung im 2014, Staatsbeitrag 2015 in Höhe von CHF 50.0 Mio. gemäss Bericht und Antrag Nr. 61/2011 betreffend die Neuregelung des an die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ausgerichteten Staatsbeitrags sowie der Einführung von Massnahmen zur finanziellen Sicherung der AHV;
- **IV-Staatsbeitrag:** Rentenwachstum 2013 +2.6%, 2014 +2.7%, 2014 +2.8%, Teuerungsanpassung im 2014; Baukostenbeiträge 2013 CHF 0.23 Mio.;
- **Krankenversicherungsbereich:** Staatsbeitrag ab 2013 für Erwachsene konstant bei CHF 34.0 Mio., Leistungen für Kinder jährlich CHF +0.1 Mio., Prämienerbilligung steigt 2013 um CHF +3.3 Mio. aufgrund der Kostenbeteiligung, ab 2014 jährlich +0.55 Mio.;
- **Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung:** Reduktion der Beiträge gemäss aktualisiertem Vorschlag der Regierung im Rahmen des Sanierungsprojektes;

- **Staatsbeitrag FMA:** Reduktion gemäss Art. 29 Abs. 1 des Finanzmarktaufsichtsgesetzes auf CHF 8.0 Mio. ab 2013;
- **NBU-Staatsbeitrag:** Die Abschaffung des Staatsbeitrags an die Nichtberufsunfallversicherungsprämie gemäss Bericht und Antrag Nr. 13/2011 wurde vom Landtag beschlossen, ab 2013 fallen keine Aufwendungen mehr an;
- **Übrige Beitragsleistungen:** konkrete Reduktionsmassnahmen in Höhe von rund CHF -9.7 Mio. auf Einzelpositionen berücksichtigt;
- **Sanierungsziel weitere übrige Beitragsleistungen:** stufenweise Reduktion der übrigen Beiträge um CHF -10.7 Mio. bis 2015 gemäss Sanierungsprojekt unter Berücksichtigung bereits beschlossener oder realisierter Massnahmen.

Finanzzuweisungen

Mit Bericht und Antrag Nr. 11/2011 betreffend die Festlegung des Mindestfinanzbedarfs für die Jahre 2012 bis 2015 sowie die Anpassung des Finanzzuweisungssystems im Rahmen der Sanierung des Landeshaushaltes hat der Landtag folgende Anpassungen des Finanzzuweisungssystems beschlossen:

- Reduktion des Faktors(k) zur Festlegung des Mindestfinanzbedarfs für die Finanzausgleichsperiode 2012 bis 2015 auf 0.76
- Streichung des Gemeindeanteils an der Grundstücksgewinnsteuer
- Senkung des Gemeindeanteils an der Ertragssteuer von 40% auf 35%
- Begrenzung des Maximalanteils einer Gemeinde am Ertragssteueranteil bei 25% anstatt bei 40%
- Reduktion der Zuschlagssätze für die Finanzausgleichsstufe 2 für kleinere Gemeinden um jeweils 10%

Die vorliegende Finanzplanung berücksichtigt bei der Berechnung der Finanzzuweisungen an die Gemeinden die aus den oben genannten Punkten resultierende Gesetzesänderung des Finanzausgleichsgesetzes per 1.1.2012.

Der **Aktienverkauf** aus der Beteiligung an der Liechtensteinischen Landesbank AG im Jahr 2006 wird im Folgenden in der Darstellung des Resultats der Erfolgsrechnung in der Vorjahresperiode aus Gründen der Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

In den nachfolgenden Kapiteln zeigt die Regierung auf, wie sich die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung und die Vermögenssituation des Landes unter Zugrundelegung der oben angeführten Prämissen entwickeln würden. Es wird deshalb nur noch sehr kurz auf die Veränderungen in den einzelnen Jahren eingegangen.

Im Gegensatz zum Voranschlagsbericht wird in der Finanzplanung für das laufende Jahr nicht generell der Voranschlagswert, sondern derjenige der Mutmasslichen Rechnung verwendet, da nicht nur die Entwicklung in der Zukunft, sondern auch eine Zeitreihe von Vergangenheitswerten dargestellt wird. Vor allem für die Berechnung von Bestandesgrössen der Vermögensrechnung würde die Verwendung von Budgetzahlen, sofern sie deutlich von der Mutmasslichen Rechnung abweichen, die Ergebnisse verfälschen.

5. ENTWICKLUNG DER ERFOLGSRECHNUNG

5.1 Erträge aus betrieblicher Tätigkeit

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Steuern, Abgaben	687	765	814	728	750	716	707	602	629	647
Vermögenserträge	14	79	68	78	70	81	33	43	52	60
Entgelte, Verkaufserlöse	37	40	41	43	43	38	41	41	40	40
Rückerstattungen	19	20	20	23	27	27	28	28	29	30
Entnahmen	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Erträge betrieblicher Tätigkeit	757	904	943	872	891	863	809	715	749	777
Ertrag Poolanlagen	84	88	160	248	204	33	49	48	44	40
Total liquiditätswirksamer Ertrag	841	992	1'103	1'120	1'095	896	858	763	793	817
<i>Veränderung</i>										
a) nur betriebliche Tätigkeit										
- in Mio.	-20.2	+146.5	+38.9	-71.0	+18.9	-28.3	-53.4	-94.5	+34.5	+27.6
- in %	-2.6%	+19.3%	+4.3%	-7.5%	+2.2%	-3.2%	-6.2%	-11.7%	+4.8%	+3.7%
b) Total Erträge										
- in Mio.	-17.0	+151.4	+110.7	+16.6	-24.4	-199.7	-37.4	-95.5	+30.3	+24.0
- in %	-2.0%	+18.0%	+11.2%	+1.5%	-2.2%	-18.2%	-4.2%	-11.1%	+4.0%	+3.0%

Im Vergleich zum Rekordjahr 2008 wird im Voranschlag 2012 mit CHF -134 Mio. geringeren Erträgen aus der betrieblichen Tätigkeit gerechnet. Für das Finanzplanjahr 2013 wird ein weiterer Rückgang um CHF -94 Mio. erwartet, bevor in den Folgejahren eine leichte Erholung prognostiziert wird. Unter den in Kapitel 4.2 aufgezeigten Prämissen erreichen die Erträge aus der betrieblichen Tätigkeit bei plankonformer Entwicklung im Jahr 2015 ein Volumen von CHF 777 Mio., womit sie jedoch weiterhin deutlich hinter den Ergebnissen der Jahre 2007 bis 2011 zurück bleiben.

Die Ertragsentwicklung hängt massgeblich von derjenigen der Steuern und Abgaben ab, welche diese mit einem Anteil von 83% oder mehr dominieren. Die prognostizierten Rückgänge sind dabei vor allem auf die wirtschaftliche Entwicklung (u.a. Frankenstärke, schwaches Zinsdifferenzgeschäft im Bankensektor) so-

wie auf die Konsequenzen aus dem neuen Steuergesetz zurückzuführen. Der für das Jahr 2013 erwartete Rückgang ergibt sich hauptsächlich durch den Wegfall der Couponsteuer, da diese nach der Besteuerung der Altreserven vollständig entfällt und im kommenden Jahr (2012) die Übergangsbestimmung zur begünstigten Besteuerung der Altreserven zu 2% ausläuft. Trotz des prognostizierten Wachstums bei den weiteren Steuerarten kann dieser Rückgang um rund CHF -84 Mio. bis ins Jahr 2015 nicht wettgemacht werden, so dass die Steuern und Abgaben mit einem Volumen von CHF 647 Mio. immer noch -8% unter dem Voranschlag 2012 liegen.

Im Bereich der Vermögenserträge (ohne Poolanlagen) wird für die Finanzplanperiode nach dem prognostizierten Rückgang im Jahr 2012 von einer Erholung ausgegangen. Die Vermögenserträge werden nach wie vor von der Dividende aus der Beteiligung an der Liechtensteinischen Landesbank AG dominiert, welche auch für die beschriebene Entwicklung verantwortlich ist. Ausgehend vom Halbjahresergebnis 2011 sowie einer ausserordentlichen Wertberichtigung bei der Liechtensteinischen Landesbank AG wird im kommenden Jahr mit deutlich geringeren Dividendenerträgen gerechnet. Gemäss den in Kapitel 4.2 formulierten Prämissen wird in Folge wieder mit einer schrittweisen Erhöhung der Dividende gerechnet. Die niedrigen Erträge im Jahr 2006 ergeben sich aus der Umstellung der Verbuchungspraxis der Dividendenerträge aus den Beteiligungen an der Liechtensteinischen Landesbank AG und der Liechtensteinischen Post AG.

Die Erträge aus den Poolanlagen reduzieren sich ausgehend vom Voranschlag 2012 in den Folgejahren durchschnittlich um -6.5%. Deren Berechnung richtet sich dabei nach den Volumenadjustierungen im Ausmass der prognostizierten Finanzierungsfehlbeträge.

5.2 Aufwendungen aus betrieblicher Tätigkeit

Nachdem im Budget 2012 mit den bereits realisierten Sparmassnahmen eine erste Entlastung der Aufwendungen aus der betrieblichen Tätigkeit erreicht werden kann, reduzieren sich diese mit der Umsetzung weiterer Massnahmen gemäss dem Sanierungsprojekt „ausgewogen2015“ in der gesamten Finanzplanungsperiode um durchschnittlich -2.5%. Im Jahr 2015 erreichen sie bei plankonformer Entwicklung ein Volumen von CHF 824 Mio. und liegen damit in etwa auf dem Niveau der Rechnung 2008. Im Vorjahreszeitraum 2006 bis 2011 musste hingegen jährlich ein durchschnittliches Wachstum von +4.3% verzeichnet werden. Im Zeitraum 2006 bis 2011 verzeichnen die laufenden Beiträge das mit Abstand grösste absolute Wachstum von CHF +99 Mio. Es folgen der Personalaufwand mit einer Zunahme um CHF +43 Mio., der Sachaufwand mit CHF +20 Mio. sowie die Finanzzuweisungen mit CHF +7 Mio.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Personalaufwand	147	188	196	212	220	220	229	231	232	229
Sachaufwand	76	85	98	104	96	97	105	107	98	94
Laufende Beiträge	348	324	351	383	405	417	410	392	390	370
Finanzzuweisungen	156	176	171	162	160	163	140	128	129	130
Zinsen / Fremdwährungdiff. / Einlagen	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Abschreibungen Finanzvermögen	1	1	3	2	2	13	1	1	1	1
Total betriebliche Tätigkeit	729	774	820	864	884	910	885	859	850	824
Aufwand Poolanlagen	43	79	338	123	169	26	6	6	5	5
Total liquiditätswirksamer Aufwand	772	853	1'158	987	1'053	936	891	865	855	828
<i>Veränderung</i>										
a) nur betriebliche Tätigkeit										
- in Mio.	+22.3	+44.7	+46.6	+43.5	+20.2	+26.0	-25.3	-25.8	-9.5	-25.8
- in %	+3.2%	+6.1%	+6.0%	+5.3%	+2.3%	+2.9%	-2.8%	-2.9%	-1.1%	-3.0%
b) ohne Finanzzuweisungen										
- in Mio.	+8.8	+24.7	+51.0	+52.5	+22.9	+22.8	-1.8	-13.8	-10.6	-27.3
- in %	+1.5%	+4.3%	+8.5%	+8.1%	+3.3%	+3.1%	-0.2%	-1.8%	-1.5%	-3.8%

Der **Personalaufwand** erhöhte sich im Jahr 2007 aufgrund der Verschiebung der Gehaltsaufwendungen für Primarlehrkräfte und Kindergärtnerinnen aus den Laufenden Beiträgen ausserordentlich. Unter Berücksichtigung dieses Effekts wurde in der Vorjahresperiode ein jährliches Wachstum von durchschnittlich +3.5% verzeichnet. Für die Planperiode wird unter den vorgenommenen Prämissen damit gerechnet, dass der Personalbestand bis zum Jahr 2015 auf dem Niveau des Budgets 2012 stabilisiert werden kann. Der Finanzplan sieht dabei jährliche Mittel für Lohnanpassungen (Teuerung/Leistungsanteile) von +1.0% vor. Weitere Erhöhungen ergeben sich im Rahmen der gesetzlich bestimmten Altersanpassungen sowie der ebenfalls gesetzlich vorgesehenen Systemanpassungen, welche mit je +0.25% berücksichtigt werden. Die bereits realisierten sowie weitere schrittweise geplanten Sparmassnahmen entlasten den Personalaufwand um rund CHF -10 Mio. im Vergleich zum Voranschlag 2012. Die erwähnten Gehaltsanpassungen führen im Gegenzug zu jährlichen Mehraufwendungen von rund CHF +3.2 Mio. bis CHF +3.3 Mio., welche die Sparmassnahmen beinahe kompensieren. Der angestrebte Personalaufwand bewegt sich damit am Ende der Finanzplanungsperiode in etwa auf dem Niveau des Budgets 2012.

Die **Sachaufwendungen** verzeichneten in der Vorjahresperiode ein durchschnittliches jährliches Wachstum um +4.6%. Dabei sind es vor allem Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb und dem Unterhalt der staatlichen Infrastrukturen, welche deutlich zunahmten. Nebst den bereits realisierten Einsparungen wird für die Finanzplanperiode gemäss den erläuterten Prämissen eine weitere stufenweise Reduktion um CHF -6.9 Mio. bis ins Jahr 2015 angestrebt. Da es im Rahmen des Sanierungsprojekts gilt, den Sachaufwand nachhaltig zu entlasten, ohne kurzfristig den Werterhalt der Infrastrukturen zu vernachlässigen, werden die projektabhängigen Instandsetzungskosten für die staatlichen Infrastrukturen bei der Messung der Zielerreichung nicht miteinbezogen.

Die laufenden **Beitragsleistungen** entwickelten sich im Vorjahreszeitraum unter Berücksichtigung der Verschiebung der Lehrergehälter im Jahr 2007 mit einem durchschnittlichen Wachstum von +5.1%. Für die Finanzplanperiode wird unter den dargestellten Prämissen mit einer mittleren Reduktion von -3.0% gerechnet. Absolut betrachtet nehmen die Beitragsleistungen bei der Realisierung der geplanten Einsparungen im Planungszeitraum im Vergleich zur Mutmasslichen Rechnung 2011 um CHF -47 Mio. ab.

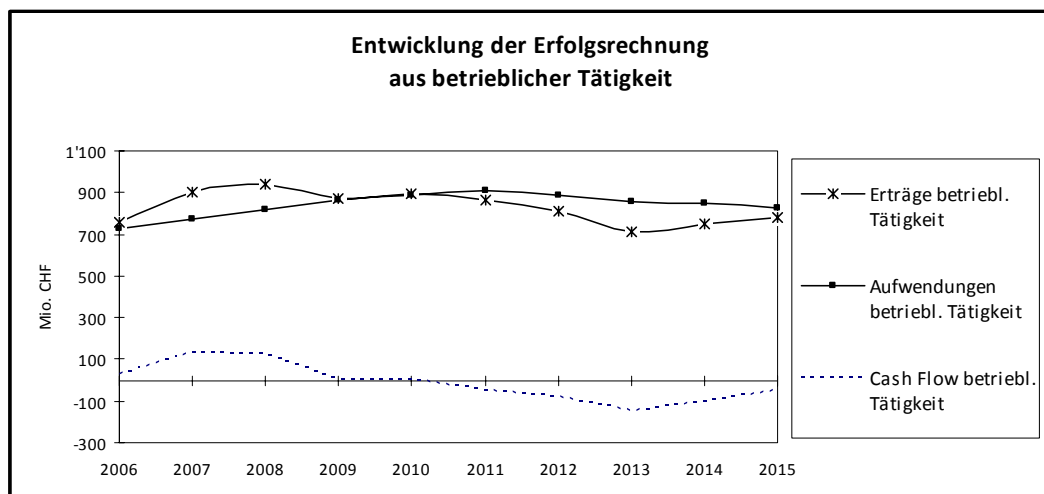
Die **Finanzzuweisungen** erhöhten sich in der Vorjahresperiode um rund CHF +7.2 Mio. oder jährlich um +2.3%. Mit der Reform des Finanzausgleichssystems vom Land zu den Gemeinden basiert die Berechnung des Finanzausgleichs seit 2008 auf dem Finanzbedarf der Gemeinden. Die Finanzplanung 2012 bis 2015 bildet die Entwicklung nach der im Rahmen des Sanierungsprojektes vom Landtag beschlossenen Anpassung des Finanzzuweisungssystems einerseits und der angenommenen Ertragsentwicklung andererseits ab.

5.3 Zusammenfassung der Erfolgsrechnung

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der unter den aufgeführten Prämissen entstehenden Resultate der Erfolgsrechnung.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge betriebl. Tätigkeit	757	904	943	872	891	863	809	715	749	777
Aufwendungen betriebl. Tätigkeit	729	774	820	864	884	910	885	859	850	824
Cash Flow betriebl. Tätigkeit	28	130	122	8	7	-48	-76	-144	-100	-47
Finanzergebnis	40	9	-178	124	36	7	43	42	39	36
Cash Flow der Erfolgsrechnung	69	139	-55	132	43	-40	-33	-102	-62	-12
Abschreibungen VV	67	70	71	73	72	61	48	63	78	74
Ertrags-/Aufwandüberschuss	2	70	-127	59	-30	-101	-81	-165	-140	-85
Aufwendungen in % der Erträge	96%	86%	87%	99%	99%	106%	109%	120%	113%	106%

Die Finanzplanung 2012 bis 2015 zeigt auf, dass der prognostizierte Einbruch der Erträge aus der betrieblichen Tätigkeit auf der Aufwandseite trotz massiver Einsparungen nicht kompensiert werden kann. Unter den gesetzten Prämissen und der Berücksichtigung der prognostizierten Finanzergebnisse kann der negative Cash Flow nach dem Anstieg im Jahr 2013 bis ins Jahr 2015 auf einen Stand von CHF 12 Mio. reduziert werden. Unter Einbezug der Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen resultiert jedoch immer noch ein Aufwandüberschuss von CHF 85 Mio. Kumuliert ergeben sich für die Finanzplanungsperiode 2012 bis 2015 Aufwandüberschüsse in Höhe von CHF 471 Mio.



Die mehrjährige graphische Darstellung der Entwicklung der Erfolgsrechnung aus der betrieblichen Tätigkeit verdeutlicht einerseits, dass es der Regierung gelingt, den Trend des Aufwandwachstums zu brechen. Mit den bereits realisierten sowie noch geplanten Sanierungsmassnahmen werden die Aufwendungen deutlich reduziert. Andererseits veranschaulicht die Grafik den massiven Einbruch der Erträge seit dem Jahr 2008, welcher trotz einer prognostizierten Erholung ab dem Jahr 2014 nicht durch die Aufwandreduktion aufgefangen werden kann. Unter den erläuterten Prämissen kann zwar eine Annäherung der betrieblichen

Aufwendungen und Erträge über die Finanzplanungsperiode erreicht werden, der Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit bleibt aber nach wie vor negativ.

6. ENTWICKLUNG DER INVESTITIONSRECHNUNG

6.1 Allgemeines

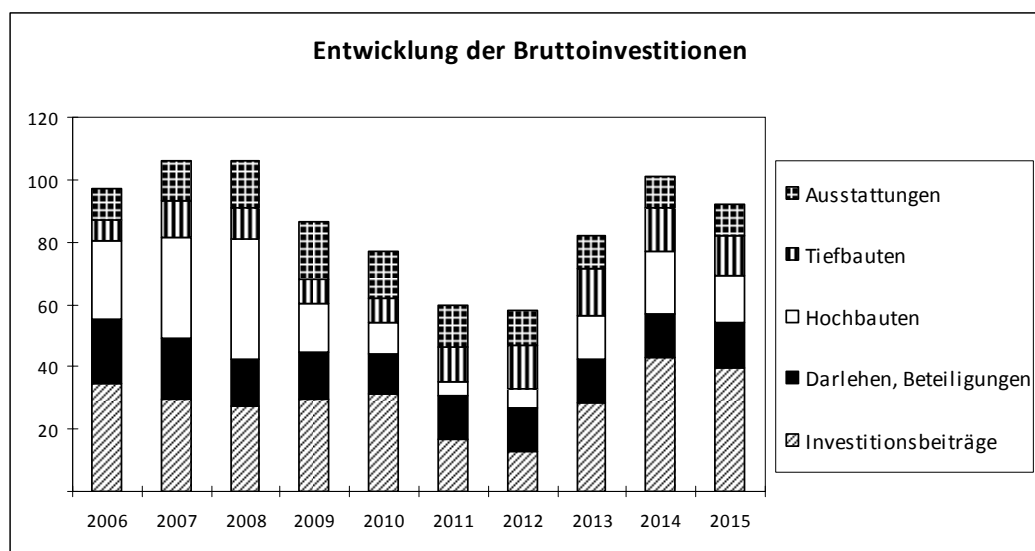
Die Investitionsrechnung enthält die Ausgaben für die Schaffung von Vermögenswerten, welche eine qualitativ oder quantitativ verbesserte Nutzung für Öffentlichkeit oder Verwaltung ermöglichen. Für die Finanzierung dieser Ausgaben stehen die investiven Einnahmen sowie bei positiver Entwicklung die Cash Flows der Erfolgsrechnung zur Verfügung, wobei dies bis 2015 voraussichtlich nicht der Fall sein wird.

6.2 Nettoinvestitionen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Grundstücke	0	0	4	1	0	4	0	1	1	1
Hochbauten	25	33	39	16	10	4	6	14	20	15
Tiefbauten	7	11	10	8	8	11	14	15	14	13
Ausstattungen	10	13	15	18	15	13	11	11	10	10
Darlehen, Beteiligungen	20	19	15	15	13	14	14	14	14	14
Investitionsbeiträge	35	30	27	30	31	17	13	28	43	40
<i>Bruttoinvestitionen</i>	<i>97</i>	<i>106</i>	<i>110</i>	<i>88</i>	<i>77</i>	<i>63</i>	<i>58</i>	<i>83</i>	<i>101</i>	<i>93</i>
Einnahmen	16	18	37	18	19	37	17	17	17	17
Nettoinvestitionen	81	88	73	69	58	26	42	66	85	76
Veränderung:										
- in Mio.	-4.4	+7.1	-15.6	-3.4	-11.2	-32.2	+15.8	+24.2	+18.9	-8.6
- in %	-5.2%	+8.7%	-17.6%	-4.7%	-16.1%	-55.4%	+60.8%	+58.0%	+28.7%	-10.1%
Investitionsquote	10%	10%	8%	7%	6%	3%	4%	7%	9%	8%

Die durchschnittlichen Bruttoinvestitionen liegen im Planungszeitraum bei CHF 84 Mio. und erreichen einen kumulierten Wert von CHF 335 Mio. Dabei stellen die Investitionsbeiträge mit einem Anteil von 46% an den Nettoinvestitionen die ausgabenstärkste Kategorie dar. Dies ist vor allem auf den berücksichtigten Neubau des Landesspitals ab dem Jahr 2013 sowie erste Investitionsbeiträge für den Bau der Eisenbahninfrastruktur im Zusammenhang mit der S-Bahn FL.A.CH in den Jahren 2014 und 2015 zurückzuführen. Das jährliche Volumen der Investitionsbeiträge beläuft sich durchschnittlich auf CHF 31 Mio., in der Vorperiode betrug dieses CHF 28 Mio. Es folgen mit einem Anteil von je rund 21% an den Nettoinvestitionen die Darlehen sowie die Investitionen in den Hoch- und Tiefbau. Für die Wohnbauförderungs-, Studien- und Landwirtschaftsdarlehen wird über die Planungsperiode im Durchschnitt mit jährlichen Ausgaben von CHF 14 Mio. gerechnet. Kumuliert belaufen sich die Darlehenszahlungen für die Planjahre auf CHF 57 Mio. Im Hoch- und Tiefbaubereich sind jeweils kumulierte Investitionen in Höhe von je CHF 55 Mio. vorgesehen. Bei den Hochbauinvestitionen schlägt dabei vor allem der geplante Abbruch und Ersatz des Internatstraktes des Liechtensteinischen Gymnasiums mit einem Finanzbedarf bis 2016 von insgesamt CHF 24 Mio. zu Buche. Höhere Tiefbauinvestitionen fallen in den kommenden Jahren vor allem aufgrund der Realisierung des Industriebauwerkes in Schaan bis 2014 und aufgrund verstärkter Investitionstätigkeit im Bereich der Strassenverbesserungen und -neubauten zur Werterhaltung der Verkehrsinfrastruktur an. Die Investitionen in Ausstattungen nehmen einen Anteil von knapp 16% an den Nettoinvestitionen ein. Die kumulierten Investitionen belaufen sich auf CHF 42 Mio., wobei die investiven Ausgaben in die Informationstechnologie davon wiederum einen Anteil von rund 77% ausmachen.

Unter Berücksichtigung der investiven Einnahmen im Umfang von CHF 66 Mio. ergibt sich für die Planungsperiode ein Nettoinvestitionsvolumen von CHF 269 Mio. oder durchschnittlichen CHF 67 Mio.



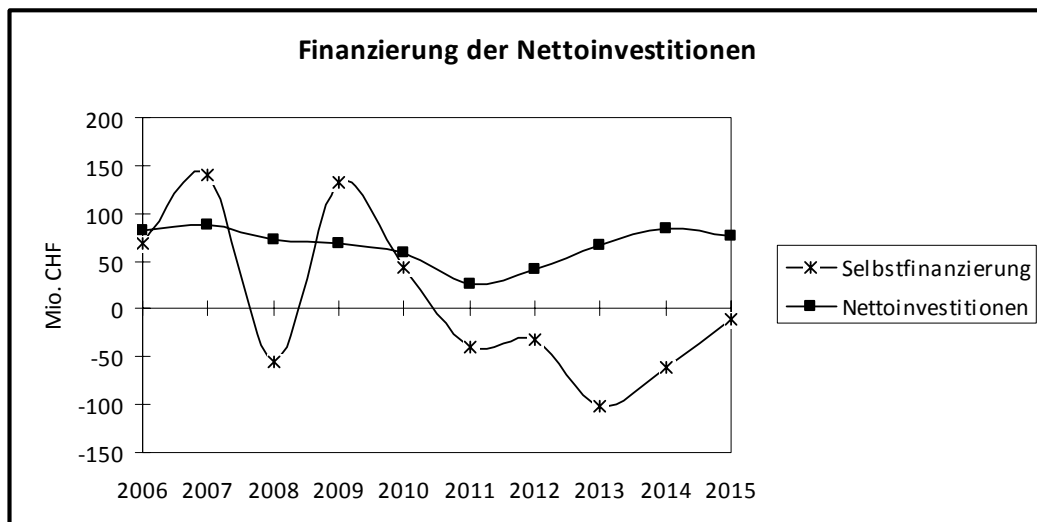
Auch die graphische Darstellung der Entwicklung der Bruttoinvestitionen zeigt den deutlichen Anstieg des Investitionsvolumens, welcher ab 2013 vor allem aufgrund der Investitionsbeiträge im Zusammenhang mit dem Spitalneubau und der S-Bahn FL.A.CH erwartet wird.

6.3 Finanzierung der Nettoinvestitionen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Nettoinvestitionen	81	88	73	69	58	26	42	66	85	76
Selbstfinanzierung	69	139	-55	132	43	-40	-33	-102	-62	-12
Finanzierungsfehlbetrag	13		128		16	66	74	168	147	88
Finanzierungsüberschuss		51		63						
Selbstfinanzierungsgrad										
- aus betriebl. Tätigkeit	35%	147%	168%	12%	12%	-183%	-181%	-219%	-118%	-62%
- insgesamt	84%	158%	-76%	191%	73%	-155%	-78%	-155%	-73%	-15%

Nach einer volatilen Vorjahresperiode mit abwechselnden Finanzierungsfehlbeträgen und -überschüssen wird für das laufende Jahr erneut ein Finanzierungsfehlbetrag für die Gesamtrechnung von CHF 66 Mio. prognostiziert. Mit dem erwartenden Einbruch der Erträge, welcher durch die Aufwandseite nicht kompensiert werden kann, ist ein weiterer Anstieg des Finanzierungsfehlbetrags zu erwarten.

siert werden kann, gelingt es in der Finanzplanungsperiode nicht, Mittel aus der Erfolgsrechnung zur Finanzierung der Nettoinvestitionen zu erwirtschaften. In der Gesamtrechnung resultiert in den Jahren 2012-2015 ein kumulierter Finanzierungsfehlbetrag von CHF 477 Mio. Unter den gesetzten Prämissen kann das Ziel einer ausgeglichenen Rechnung bis ins Jahr 2015 noch nicht erreicht werden.



Die graphische Darstellung verdeutlicht, dass die Nettoinvestitionen sowie die negativen Cash Flows in den Jahren 2012 bis 2015 weiterhin zu Lasten der Reserven finanziert werden müssen, wenn die von der Regierung getroffenen Annahmen so eintreffen.

7. ENTWICKLUNG DER VERMÖGENSRECHNUNG

Die Entwicklung der Vermögensrechnung hängt direkt mit der Struktur der Investitionsrechnung zusammen. Ein Finanzierungsfehlbetrag führt im Gegensatz zu einem Überschuss dazu, dass Finanzvermögen und Reserven abgebaut werden oder aber Fremdkapital aufgenommen werden muss. Die beiden Grössen sind somit nicht alleine für sich interessant, sondern ihre Differenz – der Deckungsüberschuss. Andererseits wird durch Investitionen in Sachanlagen, Darlehen,

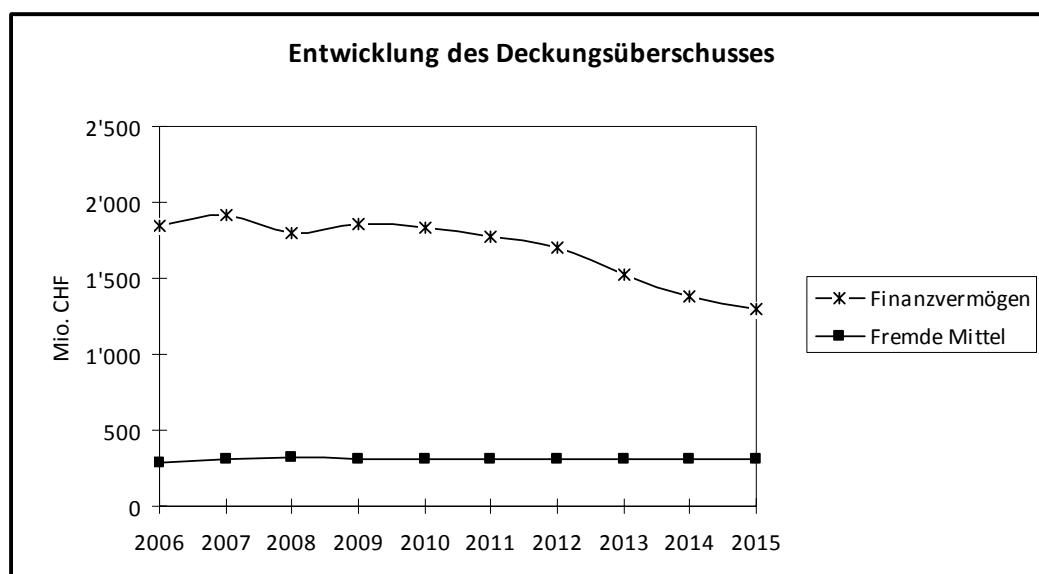
Beteiligungen, usw. Verwaltungsvermögen geschaffen, das zusammen mit dem Deckungsüberschuss (als Differenz von Finanzvermögen und Fremdkapital) das Eigenkapital des Staates bildet.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Finanzvermögen	766	840	722	776	757	691	616	448	301	213
Verkauf LLB-Aktien	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081
Verwaltungsvermögen	531	545	546	542	528	493	487	489	496	499
Total Aktiven	2'378	2'466	2'349	2'400	2'366	2'265	2'184	2'019	1'879	1'794
./. Fremde Mittel	-292	-310	-319	-311	-307	-307	-307	-307	-307	-307
Eigenkapital	2'086	2'156	2'029	2'089	2'059	1'958	1'877	1'711	1'572	1'486
Veränderung:										
- in Mio.	+367.6	+69.5	-126.5	+59.2	-29.8	-101.4	-80.8	-165.4	-139.6	-85.3
- in %	+21%	+3%	-6%	+3%	-1%	-5%	-4%	-9%	-8%	-5%

Im Rahmen der prognostizierten Finanzierungsfehlbeträge in der Finanzplanperiode wird mit einer weiteren Reduktion des Eigenkapitals gerechnet. Unter Berücksichtigung der Mutmasslichen Rechnung 2011 ergibt sich für das laufende Jahr ein Eigenkapital von knapp CHF 2.0 Mrd., welches bis Ende 2015 um rund 24% abgebaut wird. Unter der Prämisse, dass die Finanzierungsfehlbeträge vollständig über die eigenen Mittel abgedeckt werden, reduziert sich das Finanzvermögen im Planungszeitraum um den prognostizierten kumulierten Finanzierungsfehlbetrag von rund CHF 477 Mio. Am Ende der Planungsperiode ergibt sich ein Finanzvermögen von CHF 1'294 Mio. Mit kumulierten Nettoinvestitionen im Umfang von CHF 269 Mio. und Abschreibungen von CHF 263 Mio. nimmt das bilanzierte Verwaltungsvermögen in der Planungsperiode um CHF +6 Mio. zu.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Finanzvermögen	766	840	722	776	757	691	616	448	301	213
Verkauf LLB-Aktien	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081
./. Fremde Mittel	-292	-310	-319	-311	-307	-307	-307	-307	-307	-307
Deckungsüberschuss	1'555	1'611	1'483	1'546	1'531	1'465	1'390	1'222	1'075	987
Veränderung:										
- in Mio.	+353.1	+56.0	-128.0	+63.0	-15.6	-66.3	-74.3	-168.2	-146.8	-87.9
- in %	+29%	+4%	-8%	+4%	-1%	-4%	-5%	-12%	-12%	-8%
Deckungsgrad	634%	619%	564%	597%	598%	577%	552%	498%	450%	421%

Der Deckungsüberschuss widerspiegelt denjenigen Teil des staatlichen Eigenkapitals, der nicht in Verwaltungsvermögen angelegt ist und somit zur Finanzierung der Nettoinvestitionen resp. von Finanzierungsfehlbeträgen eingesetzt werden kann. Nachdem dieser im Jahr 2006 aufgrund des Verkaufs von Aktienanteilen an der Liechtensteinischen Landesbank AG deutlich angehoben werden konnte, ergibt sich die weitere Veränderung im Ausmass der prognostizierten Finanzierungsfehlbeträge. Der Deckungsgrad der Fremden Mittel beträgt am Ende der Periode damit noch 421%. Wie die nachfolgende Grafik zeigt, kann der Abbau des Deckungsüberschusses trotz der Realisierung der Einsparmassnahmen über den Planungszeitraum ohne zusätzliche Massnahmen nicht verhindert werden.



8. FINANZLEITBILD

Mit dem neuen Finanzhaushaltsgesetz wird dem Finanzleitbild gegenüber der bisherigen Anwendungspraxis eine deutlich stärkere Stellung eingeräumt. Dabei wird der Erfüllungsgrad der Eckwerte von nun an nicht mehr im Rahmen des jährlichen Voranschlags resp. der Landesrechnung, sondern über eine längere, zukünftige Zeitperiode beurteilt. So sind gemäss Art. 27 Abs. 1 des Finanzhaushaltsgesetzes die Eckwerte 1 bis 3 im Durchschnitt und die Eckwerte 4 und 5 am Ende der Finanzplanperiode zu erfüllen. Ist dies nicht der Fall, ist die Regierung gemäss Abs. 2 verpflichtet, dem Landtag innerhalb von sechs Monaten nach Behandlung des Finanzplans durch den Landtag Massnahmen zur Einhaltung des Finanzleitbildes zu unterbreiten.

Auf Antrag der Regierung räumt Art. 27 Abs. 3 des Finanzhaushaltsgesetzes dem Landtag die Möglichkeit ein, ausserordentliche Mehrausgaben oder Mindereinnahmen aufgrund von einmaligen zukunftsgerichteten Projekten für die Berechnung der Eckwerte aus dem Finanzplan herauszurechnen. Die vorliegende Finanzplanung 2012 bis 2015 umfasst mit den Investitionen in den Neubau des Liechtensteinischen Landesspitals und den Baukostenbeiträgen an die S-Bahn FL.A.CH gleich zwei Positionen, welche das Kriterium „Mehrausgaben aufgrund von einmaligen zukunftsgerichteten Projekten“ erfüllen. Diese sind mit insgesamt CHF 89 Mio. über den Planungszeitraum von 2013 bis 2015 berücksichtigt. Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gesamtrechnung ohne Einbezug dieser beiden Investitionsprojekte.

Gesamtrechnung	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Aufwand	729	774	820	864	884	910	885	859	850	824
Bruttoinvestitionen	97	106	110	88	77	63	58	63	65	60
Gesamtausgaben	826	880	930	952	961	973	943	922	915	884
Ertrag	757	904	943	872	891	863	809	715	749	777
Investive Einnahmen	16	18	37	18	19	37	17	17	17	17
Gesamteinnahmen	773	922	980	890	910	900	826	731	766	793
Finanzierungsüberschuss / - Fehlbetrag betriebl. Tätigkeit	-53	42	50	-61	-51	-73	-117	-190	-149	-90
Finanzergebnis	40	9	-178	124	36	7	43	42	39	37
Finanzierungsüberschuss / - Fehlbetrag	-13	51	-128	63	-16	-66	-74	-148	-110	-53

Ohne Berücksichtigung der Investitionen in den Neubau des Landesspitals und in die Eisenbahninfrastruktur belaufen sich die Gesamtausgaben am Ende der Finanzplanungsperiode auf CHF 884 Mio. Dies entspricht einer Reduktion der Gesamtausgaben gegenüber der in den vorangegangenen Kapiteln dargestellten Finanzplanung um CHF -33 Mio. im Jahr 2015. Aufgrund von gleichbleibenden Gesamteinnahmen im Umfang von CHF 793 Mio. resultiert ein Finanzierungsfehlbetrag aus der betrieblichen Tätigkeit von CHF 90 Mio. Die Gesamtrechnung schliesst im Jahr 2015 unter Berücksichtigung eines prognostizierten Finanzergebnissen von CHF 37 Mio. neu mit einem Finanzierungsfehlbetrag von CHF 53 Mio. anstatt eines solchen von CHF 88 Mio. Über die gesamte Finanzplanperiode reduziert sich somit der kumulierte Finanzierungsfehlbetrag von CHF 477 Mio. auf CHF 385 Mio.

Unter Beachtung der in Kapitel 4 gesetzten Prämissen und der vorangegangenen Ausführungen entwickeln sich die Eckwerte des Finanzleitbildes wie folgt:

Zielgrößen					Total
Finanzleitbild	2012	2013	2014	2015	12 - 15
1) Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung					∅
Bedingung: Ertragsüberschuss > 0	-81	-145	-103	-51	-95
erfüllt					
nicht erfüllt	x	x	x	x	x
2) Abs. Wachstum der Aufwendungen/Erträge					∅
Bedingung: abs. Veränderung der Aufwendungen < abs. Veränderung der Erträge					
abs. Veränderung Erträge	-37	-96	+31	+25	-19
abs. Veränderung Aufwendungen	-45	-26	-10	-26	-27
erfüllt	x		x	x	x
nicht erfüllt		x			
3) Selbstfinanzierungsgrad					∅
Bedingung: Selbstfinanzierungsgrad >=90%	-78%	-222%	-125%	-23%	-112%
erfüllt					
nicht erfüllt	x	x	x	x	x
4) Finanzierungsgrad der Verbindlichkeiten					
Bedingung: Finanzierungsgrad >=420%	552%	504%	468%	451%	451%
erfüllt	x	x	x	x	x
nicht erfüllt					
5) Reservenhöhe					
Bedingung: zwischen dem Ein- bis Dreifachen der Aufwendungen aus betriebl. Tätigkeit					
Aufwendungen aus betriebl. Tätigkeit	891	865	855	829	829
Dreifache Aufwendungen aus betriebl. Tätigkeit	2'672	2'594	2'564	2'486	2'486
Reservenhöhe	1'390	1'242	1'132	1'079	1'079
erfüllt	x	x	x	x	x
nicht erfüllt					

Die Darstellung zeigt auf, dass vor allem die Eckwerte 1 und 3 kurz- und mittelfristig nicht erreicht werden können. Von den im Durchschnitt der Finanzplanperiode geforderten Eckwerten 1 bis 3 ist mit einer höheren absoluten Reduktion der Aufwendungen als derjenigen der Erträge nur Eckwert 2 erfüllt. Mit einem Finanzierungsgrad der Verbindlichkeiten von 451% im Jahr 2015 und einer Re-

servenhöhe von rund CHF 1.1 Mrd., welche somit zwischen dem Ein- und Dreifachen der Aufwendungen liegt, sind die Eckwerte 4 und 5 am Ende der Finanzplanperiode hingegen beide eingehalten.

Es ist somit klar festzustellen, dass die vorliegende Finanzplanung 2012 bis 2015 unter den dargestellten Prämissen lediglich drei der fünf gesetzlich geforderten Eckwerte des Finanzleitbildes erfüllt. Die Regierung ist somit verpflichtet, dem Landtag innerhalb von sechs Monaten nach der Behandlung der Finanzplanung Vorschläge für Massnahmen zur Einhaltung der Eckwerte zu unterbreiten. Die entsprechende Bestimmung des FHG in Art. 27 Abs. 2 lautet: *„Können die Eckwerte des Finanzleitbildes aufgrund des von der Regierung erstellten Finanzplanes nicht im Sinne von Abs. 1 erfüllt werden, so unterbreitet die Regierung dem Landtag innerhalb von sechs Monaten nach Behandlung des Finanzplanes durch den Landtag Vorschläge für Massnahmen zur Einhaltung der Eckwerte. Die Vorschläge müssen die finanziellen und sonstigen Auswirkungen aufzeigen sowie einen Zeitplan für die Umsetzung der Massnahmen enthalten. Der Landtag beschliesst, ob und in welchem Umfang die vorgeschlagenen Massnahmen weiterverfolgt werden sollen.“*

Die Regierung wird dem Landtag somit im nächsten Frühjahr konkret aufzeigen, mit welchen Massnahmen der nunmehr erhöhte Sanierungsbedarf realisiert werden soll. Sie ist sich dabei sehr bewusst, dass die Herausforderung noch einmal ansteigen wird und es unabdingbar ist die Kräfte zu bündeln, um dieses Ziel zu erreichen. In diesem Sinne erlaubt sie sich an dieser Stelle einen „finanzpolitischen Appell“ an die politischen Parteien zu richten. 2012 ist ein Vorwahljahr und die politischen Parteien werden bis zu den Wahlen um die besten Argumente zur Erreichung eines hohen Wähleranteils ringen. Das ist legitim und soll so sein. Allerdings ist es fatal, wenn Parteien im Wahlkampf finanzpolitische Versprechungen abgeben, dies zu tun oder anderes zu unterlassen. Im Falle des Obsie-

gens sind sie schliesslich in der Pflicht, diese Ankündigungen in die Tat umzusetzen, was den finanzpolitischen Spielraum in dieser schwierigen Zeit und mit diesen hohen Herausforderung für Liechtenstein enorm einengen kann. Der Appell der Regierung lautet deshalb, sich dessen bewusst zu sein, dass die Sanierung des Landeshaushalts für Liechtenstein eine existentielle Aufgabe darstellt und mit dieser Thematik im Wahlkampf des nächsten Jahres verantwortungsvoll umzugehen.

9. SANIERUNG DES STAATSHAUSHALTES

Mit Bericht und Antrag Nr. 68/2011 zur Landesrechnung 2010 hat die Regierung den Stand des Projekts zur Sanierung des Landeshaushalts ausführlich dargestellt. Darauf aufbauend wird der aktuelle Status im Folgenden ausgeführt.

Die Regierung erinnert daran, dass sie das ursprüngliche Sanierungsziel von CHF 160 Mio. im März dieses Jahres um CHF -25 Mio. auf neu CHF 135 Mio. reduziert hat. Dies vor dem Hintergrund, dass die Landesrechnung 2010 erheblich besser ausgefallen war als prognostiziert und ein Teil der vereinnahmten Mehreträge von ihr zum damaligen Zeitpunkt als nachhaltig eingestuft wurde.

9.1 Beitragsleistungen

Die laufenden Beitragsleistungen sollen nach der Zielsetzung der Regierung einen Sanierungsbeitrag von CHF 68 Mio. leisten. Der aktuelle Umsetzungsstand präsentiert sich wie folgt:

<i>Planung</i>		<i>Zielerreichung</i>	
KVG	CHF 15.3 Mio.	20% ¹	CHF 3.0 Mio.
AHV	CHF 15.0 Mio.	100% ab 2015	CHF 15.0 Mio.
NBU	CHF 12.5 Mio.	100%	CHF 12.5 Mio.
IHZE	CHF 5.2 Mio.	25% ab 2012	CHF 1.3 Mio.
Übrige	CHF 20.0 Mio.	19% ab 2012	CHF 3.8 Mio.
Total	CHF 68.0 Mio.	30% ab 2015	CHF 35.6 Mio.

Während die Abschaffung der NBU-Subvention sowie die Neuregelung des AHV-Staatsbeitrags vom Landtag bereits beschlossen wurden, ist im KVG-Bereich die Vernehmlassung zu diversen Gesetzesanpassungen abgeschlossen und die Regierung wird den Landtag realistischere in der ersten Landtagssitzung im kommenden Jahr dazu begrüssen. Eine erste Reduktion des Staatsbeitrags an die Krankenkassen wurde mit dem Voranschlag 2011 vollzogen. Im IHZE-Bereich wurden erste Senkungen ebenfalls mit dem Voranschlag 2011 durch den Landtag beschlossen und die Regierung hat einen weiteren Kürzungsschritt (CHF -0.6 Mio.) in den Voranschlag 2012 aufgenommen. Bei den übrigen Beitragsleistungen liegt der Realisierungsgrad bei 19% inklusive der im Voranschlag 2012 vorgesehenen Massnahmen. Die grössten Reduktionen fielen hier im Bereich der Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie bei den Staatsbeiträgen an die Arbeitslosenversicherung und die Finanzmarktaufsichtsbehörde an.

An ihrer Klausurtagung vom 1. März 2011 zum Sanierungsprojekt hat die Regierung im Bereich der übrigen Massnahmen eine Fülle von rund 50 Umsetzungsmassnahmen im Beitragsbereich beschlossen. Die betraglich wichtigsten sind dabei die folgenden:

¹ Reduktion Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung um CHF 3 Mio. im Jahr 2011

- Wohnbauförderung: Abschaffung Subvention für verdichtetes Bauen; allenfalls Verlagerung zu Darlehen: CHF 3.5 Mio.
- Staatsbeitrag LIECHTENSTEINmobil: Stufenweise Reduktion bis 2015; Zielwert 15 Mio.;
- Staatsbeitrag ALV: Neulösung ab 2013 max. 3 Mio. Staatsbeitrag;
- Förderbeiträge gem. EEG: "einpendeln" bei Fördervolumen von CHF 5.5 Mio.;
- Diverse Massnahmen im Landwirtschaftsbereich: CHF 2.2 Mio.;
- Stipendiengesetz: Reduktion Subventionsvolumen um CHF 1 Mio.;
- Musikschule: schrittweise Reduktion bis 2015 um CHF 0.7 Mio.;
- Sportförderung: schrittweise Reduktion bis 2015 um CHF 0.7 Mio.

Im Bereich des Stipendienwesens hat die Regierung eine Vernehmlassung zu Gesetzesänderungen durchgeführt, welche nebst verschiedener notwendiger Anpassungen auch eine Reduktion des Fördervolumens beinhaltet. Sie wird den Landtag in absehbarer Zeit zu dieser Thematik begrüßen.

9.2 Finanzausweisungen

Die Zieleinsparung dieses Teilprojekts wurde mit CHF 40 Mio. festgelegt. Der Landtag hat in diesem Jahr Anpassungen des Finanzausgleichsgesetzes und des Steuergesetzes beschlossen und dabei den Mindestfinanzbedarf (MFB) als wesentlichen Parameter des Finanzausgleichs von 2012-2015 festgelegt. Aufgrund der Herabsetzung des Gesamtreduktionsziels wurde die ursprünglich zweistufige Senkung des MFB so angepasst, dass vorläufig nur der erste Schritt realisiert wird. Die Regierung hat sich dabei ausbedungen, je nach Entwicklung des Landeshaushalts dem Landtag Antrag zur Realisierung der zweiten Stufe für die Jahre 2014/2015 zu stellen. Das Teilprojekt wird aktuell – mit dem eben erwähnten Vorbehalt – als realisiert geführt. Allerdings ist die Reduktionswirkung der getroffenen Massnahmen im Voranschlag 2012 als auch in der Finanzplanung nicht so

hoch, wie in den entsprechenden Modellrechnungen dargestellt. Ein Grund dafür liegt in der Steuergesetzgebung. Hierzu hat die Regierung schon mehrfach ausgeführt, dass die vom Landtag beschlossenen Einnahmenreduktion - v.a. bei den natürlichen Personen - welche zu einer sinkenden Steuerkraft der Gemeinden und damit zu höheren Finanzausgleichszahlungen führt, nicht auch den Gemeinden im Rahmen dieses Teilprojekts angelastet werden kann und damit vielmehr eine politisch gewollte, von der Einnahmenseite verursachte Mehrbelastung bringt. Zum anderen ist die Steuerkraft der Gemeinden, welche die Ausgangsbasis für die Finanzausgleichsberechnungen darstellt, durch die weiter oben kommentierten Prämissen in Bezug auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen negativ tangiert, was ebenfalls zu höheren Finanzausgleichszahlungen führt.

9.3 Personalaufwand

Die Personalaufwendungen sollen durch konkrete Massnahmen um CHF 12.5 Mio. reduziert werden. Dabei sollen Änderungen der Frühpensionierungslösung für das Staatspersonal CHF 3.7 Mio. beitragen, während der übrige Personalaufwand um CHF 8.8 Mio., aufgeteilt in CHF 5.8 Mio. für die Landesverwaltung und CHF 3.0 Mio. für den Bildungsbereich, gesenkt werden muss.

Die bereits umgesetzten Massnahmen in diesem Bereich betragen CHF 2.1 Mio., was einem Erreichungsgrad von 17% entspricht. Sie setzen sich im Wesentlichen aus folgenden Positionen zusammen:

- Reduktion der den Ressorts zur Verfügung stehenden Budgetmittel um CHF 0.5 Mio.;
- Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge durch Ausschreibung und Neuvergabe der Versicherungsleistungen, CHF 0.6 Mio.;
- Reduktion der Altersentlastungsstunden bei den Lehrpersonen, CHF 0.4 Mio.;

- Reduktion der Sozialversicherungen durch eine beschäftigungsabhängige Ausrichtung der Krankenkassen-Arbeitgeberbeiträge, CHF 0.2 Mio.;

Aktuell läuft die Vernehmlassung zur Anpassung des Besoldungsgesetzes in Bezug auf die Frühpensionierungslösung. Im Bildungsbereich hat die Regierung verschiedene Massnahmen beschossen resp. Projekte gestartet:

- Vorprojekt für Abklärungen im Bereich der besonderen schulischen Massnahmen, insbesondere Systemwechsel zu einem Kontingentsystem (Pensenpool);
- Senkung der Pflichtlektionenzahlen der Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarstufe 1;
- Überprüfung der Klassenrichtzahlen;
- Überprüfung der Gruppengrössen im Wahlpflicht- und Wahlbereich und im Fachunterricht.

Des Weiteren hat der Projektsteuerungsausschuss die Projektleitung damit beauftragt, im Bereich der Überzeiten- und Sonntagsarbeitsentschädigungen eine Verordnungsänderung vorzubereiten, welche Einsparungen von einigen CHF 100'000 bewirken soll.

9.4 Sachaufwand

Im Teilprojekt Sachaufwand wird die Zielerreichung durch einen Vergleich der Voranschlagssumme mit dem Ausgangsjahr 2010 gemessen. Diese wird bereinigt z.B. um Aufwendungen für grössere Einzelprojekte wie z.B. die Expo 2010 oder um Sondereffekte wie z.B. die Verschiebung von Ausgaben von der Investitionsrechnung in die Erfolgsrechnung aufgrund der Einführung der Anlagebuchhaltung. Nicht berücksichtigt bleiben zudem die Gebäudeunterhaltsprojekte, welche projektabhängig sehr grosse Schwankungen beim Sachaufwand verursachen.

Der auf diese Weise bereinigte Wert im Voranschlag 2012 beläuft sich auf CHF 85.4 Mio., verglichen mit CHF 90.5 Mio. im 2010. Von der angestrebten Reduktion des Sachaufwands um CHF 12.5 Mio. hat die Regierung mit dem Voranschlag 2012 41% erreicht.

9.5 Zusammenfassung

Zusammenfassend kann der Stand des Projekts wie folgt dargestellt werden (auf CHF Mio. gerundet):

Realisierte Massnahmen

Beitragsleistungen	CHF	36 Mio.
Finanzzuweisungen	CHF	39 Mio. ²
Personalaufwand	CHF	2 Mio.
Sachaufwand	CHF	5 Mio.
<i>Zwischentotal</i>	<i>CHF</i>	<i>81 Mio.</i>

Weitere konkret beschlossene Massnahmen (Zielsetzungen)

KVG	CHF	15 Mio.
Besoldungsgesetz (Frühp.)	CHF	4 Mio.
IHZE	CHF	4 Mio.
Übrige Beitragsleistungen	CHF	16 Mio.
<i>Zwischentotal</i>	<i>CHF</i>	<i>39 Mio.</i>

In Zielsetzung enthaltene, noch nicht beschlossene Massnahmen

Personalaufwand	CHF	7 Mio.
Sachaufwand	CHF	8 Mio.
<i>Zwischentotal</i>	<i>CHF</i>	<i>15 Mio.</i>

Total **CHF 135 Mio.**

9.6 Fazit

Trotz beschlossener, eingeleiteter und geplanter Massnahmen auf der Ausgabe-seite bleibt der liechtensteinische Landeshaushalt unter erheblichem Druck.

² Reduktion ggü. Voranschlag 2010 gemäss Modellrechnungen in Bericht und Antrag Nr. 138/2010

Sollten die angeführten Prämissen eintreffen, wird das Reservevolumen des Landes in den nächsten Jahren erheblich leiden, wenn Landtag und Regierung nicht zusätzlich Gegensteuer geben. Nach wie vor wird dies nur gelingen, wenn die politischen Instanzen die Zielsetzung gemeinsam tragen und bereit sind, auch unpopuläre Massnahmen zu realisieren. Dabei wird nicht nur die staatspolitische Verantwortung von Landtag, Regierung und den politischen Parteien gefordert sein, sondern vielmehr diejenige von allen Einwohnerinnen und Einwohnern des Landes, denn schliesslich wird jedermann und jede Frau in der einen oder anderen Weise und wohl auch in unterschiedlichem Masse von den Sanierungsmassnahmen betroffen. Leider muss festgestellt werden, dass die Einsicht zur Notwendigkeit, nachhaltige Sanierungsmassnahmen zu treffen, noch lange nicht in ausreichendem Masse vorhanden ist. Nur zu gerne werden Argumente angeführt, weshalb es in diesem Bereich nicht möglich ist zu sparen, oder in jenem Bereich ein Ausbau der Leistungen des Landes trotz Sparmassnahmen einfach sein muss.

Dabei wird das Spannungsverhältnis zwischen den Vorstellungen verschiedenster Organisationen und Institutionen einerseits, und der Notwendigkeit zur Ausgabenkung gerade aktuell sichtbar. Diverse Anliegen und Forderungen werden kundgetan. Es sollen keine Steuern erhöht und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, z.B. die Höhe der Lohnnebenkosten für die Wirtschaft, nicht verschlechtert werden. Das Land soll ein Haus des Sports schaffen und sich an einem neuen Kulturhaus in Mauren beteiligen. Die Ausgaben in Bildung und Forschung sollten möglichst von den Sparbemühungen ausgeklammert werden und verschiedentlich wird die Realisierung des SZU II gefordert. Verschiedene Ideen wurden bereits kundgetan, mit welchen die Leistungen des Landes nicht etwa geschmälert sondern vielmehr ausgebaut werden sollen. Die Vorstellungen zu dem vor einigen Jahren diskutierten Familiengeld flammen an verschiedenen Stellen immer wieder auf und Massnahmen im Sozialbereich müssen – dazu bekennt sich die Regierung ausdrücklich – sozialverträglich abgedeckt werden.

Führt man sich diese Vorstellungen kumuliert vor Augen, so muss man kein ausgewiesener Kenner des Landeshaushalts sein, um zu erkennen, dass die Erfüllung dieser – wohlgermerkt nur beispielhaft zitierten Punkte – nicht zum Ziel führen kann. Umso mehr müssen die politischen Instanzen fähig sein, mehrheitsfähige Lösungen zu Sparmassnahmen zu finden und umzusetzen.

Mit den Aufträgen des Landtags zum Sanierungsprojekt hat dieser der Regierung nicht nur das Ziel vorgegeben, sondern vielmehr auch konkrete Aufträge zur Umsetzung der wichtigsten Massnahmen erteilt. Die Regierung wird diesen Aufträgen weiterhin nachkommen und zudem dem Landtag im kommenden Frühjahr erweiterte Vorschläge unterbreiten, mit welchen die prognostizierte Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben im Jahr 2015 geschlossen werden kann. Damit wird sie ihrerseits ihre Pflichten erfüllen und den erteilten Aufträgen nachkommen. Sie darf aber auch vom Landtag erwarten, dass er sich als Inhaber der Finanzhoheit des Landes seiner Verantwortung weiterhin stellt und der Regierung bei der Erfüllung dieser schwierigen Aufgabe den Rücken stärkt.

II. ANTRAG DER REGIERUNG

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen unterbreitet die Regierung dem Landtag den

Antrag,

der Hohe Landtag wolle

1. diesen Bericht zur Kenntnis nehmen;
2. zustimmen, dass die Investitionen für den Neubau eines Landesspitals sowie für das Projekt S-Bahn FL.A.CH gemäss Art. 27 Abs. 3 des Finanzhaushaltsgesetzes für die Berechnung der Eckwerte des Finanzleitbildes ausgenommen werden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete, den Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung.

**REGIERUNG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN**